

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

58. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Zur Post bezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 2. September 1920

Einzelgenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkts- und Tagesanzeigen 20 Pf., die fünfgespaltene Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Werklamenzeilen 60 Pf., die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 98

Der wunde Punkt

Preisabbau heißt das Lösungswort, das von allen Gewerkschafts- und nicht dem Kapitalismus verschriebenen Blättern immer und immer wieder ausgegeben wird. „Preisabbau“ fordern auch in allen Verfammlungen Kollegen, um mit dem Lohn einigermaßen ihre Arbeitsfähigkeit zu erhalten. Noch im Frühjahr verfallten diese Forderungen meist im Dunste, erst, als tatsächlich auf einigen Gebieten und Märkten Käuferstreiks einsetzten, als die Gewerkschaften mit allem Nachdruck bei den maßgebenden kommunalen Stellen Herabsetzung der Preise verlangten, ja sogar vielerorts Demonstrationen und Unruhen die Unzufriedenheit der Konsumenten drastisch offenbarten, entschloß man sich, Kommissionen zu bilden und Höchstpreise festzusetzen, die wenigstens einigermaßen im Einklange standen mit den Erzeugungskosten und der Kaufkraft der Arbeitnehmer.

Wir hätten demnach hier das Mittel gefunden, um wirklichen Einfluß auf die Preisgestaltung auszuüben. Doch ist der Käuferstreik kein Allheilmittel. Bei einzelnen Warengattungen (landwirtschaftliche Produkte, Obst usw.) könnte man ihn als das beste Mittel empfehlen, während bei allen industriellen Produkten die Folgen sehr weittragend sind, die ein Käuferstreik zeitigt. Gewiß, auf der einen Seite wird der Handel gezwungen, mit den Preisen herunterzugehen, auf der andern Seite aber gerät dadurch die Produktion ins Stodern, denn der Fabrikant wird nicht leichten Herzens seine Kalkulationen herabsetzen, hat vielleicht auch die notwendigen Rohstoffe sehr teuer eingekauft, er schränkt also die Produktion ein; oder, wenn er es nicht aus eigenem Antrieb tut, dann kommt es, wie auch im Buchdruckgewerbe dazu, daß sich die Produktion automatisch mit dem Herabsetzen der Verkaufspreise verringert. Es fällt dies hauptsächlich bei den Drucksachen auf, die sozusagen nicht zu den notwendigen gehören (Werke, Zeitschriften usw.), oder bei solchen, die auf irgendeine andre Art vervielfältigt werden können (Formulare, Preislisten, Prospekte usw.). Wir haben also den Käuferstreik auch nun in unserm Gewerbe!

Die Folgeerscheinungen verführen wir leider sehr deutlich. Die zunehmende Verminderung der produzierenden Kräfte (wir nennen es Arbeitslosigkeit), wie auch die Stilllegung ganzer Betriebe zwingen uns, ernstlich diesen wunden Punkt zu betrachten und auf Mittel und Wege zu finden, die diese folgenschwere Krise in unserm Gewerbe bannen. Zur Zeit bestehen ja noch keine gesetzlichen Bestimmungen, die solche mitunter auch willkürlichen Stilllegungen verhindern können, auch die Betriebsräte wissen keinen Rat.

Das einzige Mittel, das angewandt werden muß im Interesse sowohl des Gewerbes wie auch zur wirklichen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, ist allein die Herabsetzung der Verkaufspreise; denn sie sind ja doch. Ich stelle diese Behauptung nach eingehender Prüfung auf sowie nach Rücksprache mit den verschiedensten Druckereibesitzern, die erklären, daß sie bei ihrer Privatmundschaft diese jehigen Preisstarke nicht in Anrechnung bringen können. Ich möchte daher alle Druckladeneinsteiger auf Ehr und Gewissen fragen, ob sie nicht alle der Meinung sind, daß, wenn sie Aufträge erhalten wollen, sie den Preisstarke nicht voll in Anwendung bringen dürfen. Selbstverständlich gibt es Ausnahmefälle. In Prinzipalversammlungen wird ja offen erklärt: Wir können nicht nach dem Druckereistarke rechnen.

Warum hat man da nicht den Mut, bei den maßgebenden Instanzen in unserm Gewerbe darauf hinzuwirken, damit der Preisstarke revidiert wird? Warum öffnet man so der Preisunterbietung Tür und Tor? Es muß doch bei Schleuderpreisen immer noch etwas verdient werden. Ich möchte den Geschäftsmann sehen, der Preise abgibt, ohne einen Verdienst dabei in Anschlag zu bringen. Das gibt es einfach nicht.

Wir müssen aus den angeführten Gründen die Sache in die Hand nehmen und berufene und sachkundige Kräfte dafür mobil machen, um bei den Tarifverhandlungen den Preisstarke zu revidieren, damit die Preise sinken und das Gewerbe wieder Aufträge zugewiesen bekommt und die Arbeitslosigkeit nicht noch zur Katastrophe wird. Gleichzeitig muß natürlich auch gegen die übermäßigen Materialpreise, vor allem beim Papier, entscheidend vorgegangen werden. Es ist doch einfach unerträglich, daß Preiserebungen bei den Buchdruckereifaranten bis zu 400 Proz. vorkommen. Alle andern Maßnahmen, wie Verkürzung der Arbeits-

zeit, Aussehen, Verkürzarbeiten können nicht helfen, sind für die Gehilenschaft vielmehr direkt schädlich.

Gewiß, eine leichte Aufgabe ist es nicht. Aber es muß uns gelingen, in andrer Weise als bisher mitbestimmend auf die Preisgestaltung zu wirken. Es geht nicht so weiter, daß auf der prozentualen Leiter lüchlig (oder zu lüchlig) mit hinaufgeklettert wird. Das ist einfach und leicht. Nein, es muß eingehend geprüft und festgelegt werden, welcher Preis ein angemessener ist, um dem Unternehmer den notwendigen Betriebsgewinn zu verschaffen, daß andererseits aber der Verbraucher in der Lage ist, noch Aufträge zu erteilen. Ich halte es für geschäftlich richtiger: Großer Umlauf — kleiner Nutzen, als daß die Druckereien mäßig oder schlecht beschäftigt sind, dafür aber viel verdienen. Die jehigen Preise sind derart hoch, daß ich behaupte, wer solche Preise wirklich bekommt und Kost bezahlt ist, nach einigen Jahren Großkapitalist sein muß.

Nun, geschätzte Druckereiuunternehmer, überlegt euch meinen Vorschlag! Ihr aber, Kollegen, die ihr wollt, daß unser Gewerbe wieder hochkommt, daß Arbeiten aller Art wieder den Druckereien in Auftrag gegeben werden, und nicht auf allen möglichen Verbilligungsapparaten und -maschinen außerhalb unsres Gewerbes schlecht und recht hergestellt werden, die ihr nicht wollt, daß noch viele Sunderter oder Tausende Kollegen arbeitslos werden sollen, helft Material sammeln (auch gegen die Materiallieferanten unsres Gewerbes), damit wir am Tarifverhandlungstisch uns offen und ehrlich mit der Gegenpartei über diesen wunden Punkt verständigen können. Ich glaube nicht, daß es der Wunsch der Druckereibesitzer ist, jetzt Ziffern und Zahlen aneinanderzureihen. Sie wissen es ja am besten, ob meinen Anregungen Material zugrunde gelegt ist oder nicht.

Die Lösung muß also heißen: Abbau der jehigen Höhe des Preisstarke im Interesse des gesamten Gewerbes! Kalkulator.

Sur Tarifberatung

Wünsche und Sorgen der Kollegenschaft des Saargebiets

Zur Tarifrevision steht ein recht ansehnliches Buheft von Prinzipals- und Gehilenswünschen zur Diskussion, ohne daß eine reifliche Bedienung all dieser Wünsche in der Welt der Unvollkommenheit möglich sein würde. Der neue Tarif soll und muß den veränderten Bedürfnissen im Gewerbe sowie dem veränderten Zeitgeiste mehr Rechnung tragen als bisher. Aus den Bedürfnissen im Gewerbe soll er geboren sein, um seinen Zweck zu erfüllen. Es ringt eine neue Welt, eine neue Zeit mit dem alten Geiste, den alten Auffassungen und Traditionen um den Sieg.

Die Kollegenschaft des Saargebiets stellt hiemit ihre Wünsche und Sorgen zur Diskussion, denn politische Umgestaltung an der Westgrenze begleitet ihr Handeln. Für den Fernstehenden ist es schier unmöglich, unsre Sorgen auf den verschiedensten Gebieten in ihrer vollen Bedeutung zu erfassen. Eigenartige politische wie wirtschaftliche Verhältnisse erzwingen unsre Stellungnahme, ohne daß wir verkennen wollen, daß ihre Lösung eine schwierige Aufgabe ist. Das Bewußtsein, daß unsre Organisation von jeher bestrebt war, berechtigten Wünschen ihre Hilfe nicht zu verweigern, gibt uns auch heute die Kraft, mit Vertrauen einer dunklen, ungewissen Zukunft entgegenzugehen.

Durch die komplizierte politische Lage mit ihren veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen wäre eine Vertretung in den Tarifinstanzen eine zwingende Notwendigkeit, wenn nicht gar die Bildung eines eignen Tarifkreises für das Saargebiet heute als notwendig zu erachten wäre, wie die Bildung einer „Saarländerkommission im Tarifkreise II“ die eigenartigen Verhältnisse genügend beleuchtet. Berg- und Schwerindustriearbeiter beherzigen mit ihrem Einkommen die hiesigen Verhältnisse, und Mittel und Wege müssen gesucht werden, um auch das Leben für uns Buchdrucker erträglicher zu gestalten. Von jeher war das nördliche Vorland Verborgnisgebiet für das Saarland und wird es nach Lage der Verhältnisse bleiben, trotz französischer Grenze und Rautsa. Ringsum von französischer Zollgrenze umgeben, fühlen wir Buchdrucker besonders diese Auswirkung im Vergleich zu den die Situation beherrschenden Arbeitern, die 60, 80 Mk. und noch mehr täglich verdienen. Der gesamte Saarkreis muß als ein einheitliches Wirtschaftsgebiet behandelt werden, mit einem

einheitlich geregelten Lokalaufschlag, um eine einheitliche Preisbildung im Gewerbe zu gewährleisten. Die Bedürfnisse der Kreisämter dürfen keineswegs erweitert, sondern vielmehr beschränkt werden, sollen sie sich nicht zu Tarifämtern zweiter Güte auswachsen.

Wenn so die Wünsche aus dem Saarland eine Berücksichtigung fänden, wird das bindende Band der deutschen Tarifgemeinschaft unsern Vorkampfs wesentlich erleichtern auf einer neuen Grundlage, im beiderseitigen Interesse für das Gewerbe an der Saar. L. R.

Ein Range für die Kollegen der kleineren Druckorte

Die bevorstehenden Tarifberatungen nehmen auch das Interesse der Kollegen in den kleinsten Orten in Anspruch. Sind diese Kollegen bei den letzten Aufschlags-erhöhungen doch meistens die Benachteiligten gewesen. Das muß nun anders werden. Werden diese Kollegen auch diesmal vernachlässigt, die Folgen wären nicht auszubedenken. Wohl sind viele kleinere Orte durch Einführung eines Lokalaufschlages etwas aufgeheitert worden, doch die größte Zahl der kleinen Orte spürt hiervon nichts. Lokalaufschläge hier einzuführen, scheitert auch meistens an der Rücksichtlosigkeit der in Frage kommenden Prinzipale.

Um nun hier ausgleichend zu wirken, sollte man mehr Rücksicht nehmen auf die Bedürfnisse des platten Landes. Der Unterschied zwischen den Steuerungsverhältnissen der Groß- und der Kleinstadt ist anders geworden als früher. Die Einteilung des Reiches in fünf Ortsklassen für die Staatsarbeiter zeigt, wie jetzt und später die teuren Orte von den billigen geschehen werden müssen. Fallschlaf ist, daß in Orten, die von keinem Lokalaufschlag bedacht sind, die Verhältnisse oft teurer sind als in Orten mit 10 bis 12 1/2 Proz. Lokalaufschlag. So kosten augenblicklich, in der Woche vom 23. bis 29. August, die noch rationierten bzw. von der Stadt zur Verfügung gestellten Lebensmittel:

	In Osnabrück, das 12 1/2 Proz. Lokalaufschlag hat	In den umliegenden kleinen Orten, die keinen Lokalaufschlag haben
Kohlschickel	13 Mk. pr. Pfd.	14 Mk.
Schmalz	16 " "	19 "
Rübbel	16 " " Alter	24 "
Kunstbrot	6,70 " " Pfd.	7,50 "
Süßholzw.	0,50 "	0,75 "
Bohnen	1,50 "	3,- "
Zucker	2,- "	2,20 "

Ein ähnliches Verhältnis besteht bei den nicht mehr rationierten Lebensmitteln; so sind Eier z. B. in Osnabrück für 1,20—1,50 Mk. zu haben, während sie in dem Landorte Berenbrück 1,80 Mk. kosten. Schuhwaren und Konfektionswaren sind in den größeren Städten stets vorteilhafter einzukaufen als in der Kleinstadt oder auf dem Lande. Erhöht wird einem Finger der schwarzen Kunst, der das Glück hat, auf dem Lande zu konditionieren, zugemutet, mit dem einfachen Minimum teurere Sachen zu kaufen als die mit Lokalaufschlägen bedachten Mittel- und Großstädter. Da trotzdem der Großstädter gewiß mit größeren Ausgaben zu rechnen hat, so sollte die Bevorzugung des letzteren nicht ganz von der Hand gewiesen werden. Aber den Provinzler in den kleinsten Orten sollte man darüber nicht vergessen, indem die zu große Spannung in den Tariffragen verringert wird.

Um die ewigen Streitigkeiten zwischen Großstadt und Provinz mit einem Schlage aus der Welt zu schaffen, sollte man bei den Tarifberatungen die Lokalaufschläge in großzügiger Weise der Servisklasseneinteilung der Staatsarbeiter anpassen. Die Ortsklasse E wäre also ohne Lokalaufschlag zu lassen, da diese Klasse nach Ansicht des Staates keine verteuerten Verhältnisse aufweist. Orte in Ortsklasse E sind bis jetzt auch nicht im Buchdruckereistarke mit Lokalaufschlag bedacht. Für Ortsklasse D hat der Staat eine Steuererhöhung anerkannt, die Teuerung besteht auch nachgewiesenermaßen, aber viele dieser Orte läßt der Deutsche Buchdruckereistarke leer ausgehen. Hier ist also ein wirklich bestehendes Unrecht gegen die in Betracht kommenden Provinzkollegen wieder gut zu machen. Darum sollten alle Orte in Ortsklasse D mit einem Lokalaufschlag von 10 Proz. belegt werden, alle Orte in Ortsklasse C mit 16 1/2 Proz., in Ortsklasse B mit 25 Proz., in Ortsklasse A mit 33 1/2 Proz. Diese Lösung der Frage der Lokalaufschläge ist die einzig richtige und trägt den Verhältnissen der Groß- wie der Kleinstadt in weitestgehendem Maße Rechnung.

Die Festlegung des Grundlohns wird den heftigen Verhältnissen entsprechend vorgenommen werden müssen. Ob daneben eine Steuererhöhung lauten kann, festgelegt nach monatlich zu ermittelnden Indizes, die automatisch erhöht oder herabgesetzt werden können, das vermag ich nicht zu beurteilen, ebensowenig die Wirkung, die etwa die Gewährung von Kinderzulagen haben könnte. So berechtigt diese Forderung an sich ist, so viel ist gewiss, die Lösung der Lokalaufschlagfrage nach den angeführten Grundfragen würde in den Reihen der Provinzkollegen wohlwollend empfunden werden. Es würde ihnen die Gewißheit verschaffen, daß sie von den maßgebenden Instanzen nicht nur als bekräftigende Mitglieder, sondern als gleichberechtigte Faktoren angesehen werden, deren Wünsche zu erfüllen sich selbst die Prinzipale nicht sträuben können; ist doch diese Regelung bereits vom Staat anerkannt, so daß sie Berechtigung in sich trägt. H. O.

Redige, Augen auf!

(Eine Antwort auf den Artikel „Familienzulage — Ausgetastete“.)

Es genügt noch nicht, daß der kapitalistische Staat uns Redige bei jeder Steuergelegenheit liebevoll bedenkt, daß die Gemeinde ein gleiches tut, daß die Krankenkassen uns ungleich belassen, und daß die Verheirateten bereits im gegenwärtigen Lohnabkommen einen Vorzug genießen. Wo finden die Kassen des Redigen, die oft ungleich höher sind als die des Verheirateten, Berücksichtigung? Wie viele Kollegen haben ihre Eltern zu ernähren und obendrein noch minderjährige Kinder zu unterstützen! Wie homöopathisch haben diese Kollegen den Tropfen Lohn auf den heißen Stein zu verteilen? Man sehe sich die Steuerabzugsbedingungen an, ob diese Fälle Berücksichtigung finden. Nun sollen wir Redigen auch noch von der Gewerkschaft als Sachklos hingestellt werden. Das heißt gerade noch! Die Prinzipale haben allerdings diesen Hapten teilweise mit Wohlbehagen aufgenommen. Man lese nur die Stillstellen in der „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ darüber. Aber eines steht dort die Meinung fest, nämlich darüber: daß die Redigen laim und besonders zu viel Lohn bekommen, daß die Unverheirateten schon gar nicht wissen, wie sie den Verdienst unterbringen sollen, daß es läudlich anzuheben ist, wie unheimlich diese das Geld in Zigaretten anlegen.

Von meinem abblinnten Standpunkte verwerfe ich das Rauchen, aber als Zumutung schlimmster Art betrachte ich die Sinswende: So hast du dein Geld ausgegeben! Mit gleichem Rechte kann ich die Ehe und das Kinderproduzieren als verabscheuungswürdige Tat hinstellen. Der eine raucht — der andere ehelicht — der dritte schwelgt lieber in geistigen Genüssen.

Größere Philosophen als ich, von Aristoteles angefangen bis Schopenhauer, erkennen, daß die Summe der Leiden die der Freuden im irdischen Dasein überwiegt. Als Buchdrucker und Mitglied in nachkriegsbewegter Zeit haben wir allen Grund, uns dieser pessimistischen Anschauung nicht zu verschließen. Ist es dann nicht oft ein Verbrechen, Kinder zu einem Leben zu verdammen, das schon im Beginn durch Syphilis, Tuberkulose und ähnliche Internerkrankungsbegleiterscheinungen zur Qual gekempft wird? Ganz abgesehen davon, daß auch sonst für ein Proletarierkind die Bedingungen für ein menschenwürdiges Dasein fehlen.

Schließlich könnten wir Redigen auch behaupten: Die Gründung eines Hausstandes erfordert heute unerwünschte Summen, ergo müssen wir Unterstützung dazu und mehr Lohn als die Verheirateten, die im Besitz einer Ausstattung sind, erhalten! Die Umstände der Ehelosigkeit können auch so liegen, daß trotz des heißen Wunsches manchem Kollegen das Eheglück verlagert bleibt. Der Krieg mit seinen gräßlichen Begleiterscheinungen beherrschte z. B. manchem Soldaten die überaus schweblichen Genitalverhältnisse, die den Zwang zur Ehelosigkeit bedingen. Zur Ehre des Kollegen -ff- sei angenommen, daß er sich recht oberflächlich mit dem ganzen Problem beschäftigt hat. Das Militärversorgungsgesetz, das alles andere als ein Verschwendungsgesetz für Kriegsbekämpfte ist, bewertet den Verlust der Zeugungs- und Ehemöglichkeit mit einem relativ hohen Rentenprozentsatz. Kollege -ff- bestraft diese beklagenswerten Menschen. Er wird gewiß einwenden: das sind Ausnahmefälle, die er nicht im Auge gehabt habe. Gerade die Ausnahmefälle differenzieren seine wohlgemeinten Ratschläge so zahlreich, daß sie die Undurchführbarkeit der Vorschläge ergeben. Wenn der Staat die Sache macht, so ist das von seinem Standpunkte verständlich, nicht aber vom Standpunkte der Gewerkschaft, die sich mehr oder weniger in Reibung mit dem kapitalistischen Staat befindet.

Störrisch ist der Wink, diese Zulagen auf keinen Fall bei der Lohnzahlung mit zu geben, um das Gefühl der ungleichen Entlohnung zu vermeiden. Kollege -ff-, halten Sie uns denn kamt und besonders für ausgemachte Idioten? Und wo bleibt denn dann unsere Solidarität? Die Gegenüberstellung des gleichhohen Verbandsbeitrags, der auch gleiche Interessenvertretung verlangt, ist zu selbstverständlich, als daß sie in diesem Zusammenhang noch einmal stark herorgehört werden soll. Wir haben schon genügend Parteien, aber ausgeschossen ist es dann nicht, daß wir noch eine Redigenpartei bekommen, wenn die Dinge auf die Spitze getrieben werden. Die Rücksichtnahme der Jugend aufs Alter, die in den gegenwärtigen Verträgen zum Ausdruck kommt, soll nicht zu Sonderprivilegien wie den Familienprämien ausgebeutet werden.

Inwiefern die Lebenshaltung des Redigen ohne Extrazugungen etwas teurer als die des Verheirateten ist, habe ich schon an nur wenigen Vergleichen ausgeführt. Wenn

diese Begründungen dem Kollegen -ff- noch nicht einleuchten sollten, empfehle ich ihm, das Exempel auf die Probe zu stellen und einmal ein Jahr Garçon-Stadtausenthalt zu nehmen. Das Leben auszuprobieren, dessen Unterhaltung in der Wochenrechnung beginnt: dreimal helbes Kaiserwasser à 20 Pfg. = 60 Pfg. Wie stellt er sich zu der Ansicht vieler junger Kollegen, die aus rein materiellen Motiven heiraten, um ihren Lebensunterhalt billiger zu gestalten? So klug wie Kollege -ff- waren wir schon als Spermatozoen; heute lächeln wir darüber, weil wir jetzt besser wissen, was in unserm Interesse liegt. Deshalb brauchen wir auch nicht die Erklärung: daß es eigentlich in unserm — nämlich der Redigen — Interesse liegt. Wenn man als Proletarier von seiner ungenügenden Entlohnung schon überzeugt ist, so tut man gut daran, sich in die Schriften eines De Comie, Marr, Proudhon, Fourier, Bakunin oder Landauer je nach Veranlagung zu vertiefen und den Klassenkampf mit aller Energie zu vertreten und zu propagieren. Kleintlich und unfair mutet es aber an, wenn die großen Ziele außer der Betrachtung gelassen und Kleiner aus der Haut der ledigen Kollegen geschneitten werden sollen. Leider kann man in Versammlungen sehr oft die Beobachtung machen, daß sich zum großen Teile die Verheirateten mit niedrigeren Lohnforderungen und -lägen begnügen und bremsen. Triff dann ein junger Zuchse auf, um seiner kritischen Anschauung freien Lauf zu lassen, so kann man oft von diesen Verheirateten Auerungen wie „grüne Bengels“, „Nasewels“ usw. hören. Wäre es anders, so ständen wir heute in unsrer Position zum Unternehmertum gestiegt.

Wenn es in heutiger Zeit eins wahrzunehmen gilt, so ist es die Einigkeit und Solidarität unter uns. Diese werden aber nicht durch die vorgeklagten -ff-ischen Maßnahmen gefördert, sondern sabotiert. Der Staat und seine vielen Abgeberbehörden belagern es uns Redigen gründlich genug; auch lind wir sonst das Freiwild in jeder Beziehung, im Demobilisierungsgesetz bei Entlassungen usw., daß sich die Gewerkschaften wahrlich nicht mit solchen Maßnahmen zu befassen brauchen. Also Hände weg!

Meine Forderung ist: Gleiche Entlohnung für Verheiratete und Unverheiratete wie früher. Hände weg vom Familienprämienstystem. Auskömmliche Entlohnung, die allen eine würdige Existenz gewährt! Und als Wichtigstes: Hochhaltung der Solidarität, unter Vermeidung aller Spaltungsmöglichkeiten, auf daß wir eine starke geschlossene Front im Kampfe gegen das Unternehmertum bilden. Leipzig. —ck.

Kinderzulagen

Während es einer kleinen Anzahl von Menschen (siehe Stinnes und seine Spartenengenossen) im Ramlchen großer kapitalistischer Objekte gelungen ist — trotz der uns vorgezeichneten Fortsteuerung von dreiviertel ihres Kapitals — auch in der Nachkriegszeit ungeheure Gewinne aus dem Elend des deutschen Volkes herauszuschlagen, leidet die arbeitende Bevölkerung immer schlimmer unter Not und Entbehrungen aller Art. Die Kindergelegenen aber haben es am schlechtesten unter diesen traurigen Verhältnissen.

Der Preisabbau und die Preislenkungsbestrebungen sind Humbug. Latsche aber ist es geworden, daß wir den Hungerriemen nochmals enger schnallen müssen. Die Stobspick, daß die jetzigen Steuererhöhungen bis zu den Tarifverhandlungen Verlängerung erfahren, hat uns deshalb sehr hart getroffen. Wir armen Buchdrucker mit Familien! Schuh und Strümpfe sind zerrissen, durch die Hosen peilt der Wind — bei diesem alten Handwerksburschenbild ist uns gar nicht heiler zu Mute, denn die traurige Wahrheit drückt uns zu schwer. Die Sparte der sogenannten Kindergelegenen wird wohl demnächst Umzüge vor müssen mit Transparenten: „So geht es uns, wie wir dem Staate die künftigen Bürger erleben!“

Es war in Mauseuge, als ich Gelegenheit hatte, die Kinder französischer Kollegen zu beobachten. Wie sie daher kamen, in Lumpen eingewickelt dem Vater das Essen brachten. Mit Entsetzen äußerte ich zu meinen Kameraden: „In solchem Zustande würde ein deutscher Kollege seine Kinder nicht laufen lassen!“ Welches Elend ist uns aber jetzt beschieden? Das Elend des Lumpenproletariats grint uns an, obwohl wir Krieg nicht mehr haben. Aber was wir haben, ist die von heiligen Egoismus regierte kapitalistische Wirtschaft, die das prophetische Wort zum Gespött macht: Wenn du zwei Räder hast, so sollst du einen dem geben, der keinen hat. Und diesem jeder Menschlichkeit hochsprechenden fürchterlichen Zustande sollten wir als ältliche Gewerkschaftler nicht ein Paroli bieten können? Fast hat es den Anschein, als ob dieses Dahinvegetieren zu einer lebenden Einrichtung unter uns Buchdruckern werden sollte. Denn während man durch Beihilfen und andre Unterfüllungen den Familienvätern unter den Beamten, den Bergleuten, den Berliner Metallarbeitern und den Arbeitern in einigen andern Industrien brüsk zu helfen sucht, ist es bei uns einem kleinen Kollegenkreise (namentlich Redigen) gar eingefallen, sich über solche Bestrebungen lustig zu machen oder sie hämisch zu bekämpfen.

Ich will einmal die praktische Seite dieser Angelegenheit ins Auge fassen und mich darauf berufen, daß der größere Teil der Kollegenchaft des Verbandes doch sicher verheiratet ist und mehr oder weniger Kinder hat. Ergo würde sich eine Anpassung an die Forderung von Kinderzulagen und Ernährungsbeiträgen von selbst ergeben oder aber eine Statistik könnte über diese Angelegenheit Aufklärung bringen. Wenn das Interesse an den Verbandsbestrebungen nicht ganz bei den betreffenden Kollegen erlahmen soll, wird es sich empfehlen, dieser Sache dringende Aufmerksamkeit zu widmen.

Erfurt.

Oswald Schwörner.

Lehrlingsorganisation, tariflicher Lehrlingslohn und freigeübte Kollegialität

Es kann ja nicht groß wundernehmen, wenn ein erheblicher Teil der Prinzipale gegen die Lehrlingsabteilungen, die am 1. Oktober ihre Tätigkeit beginnen sollen, lebhaften Widerstand zu entlassen beginnt. Um so mehr sollte daher die gesamte Gehilfenchaft nach besten Kräften an dem Aufbau der Lehrlingsorganisation helfen. Im „Sorr.“ ist schon oft eine Beschränkung der Lehrlingsentlohnung gefordert worden. Die Tarifberatungen werden sicherlich auch Possitives in dieser Angelegenheit schaffen.

Aufgabe der Gehilfenchaft muß es nun überall sein, unsere Berufsjünger zu tüchtigen Gehilfen heranzubilden. Die kommende Lehrlingsorganisation kann hier auch viel Gutes bewirken. Wenn ein aus der Schule entlassener junger Mann mit Lust und Liebe in den Buchdruckerberuf tritt, so ahnt er nicht, welche schweren Enttäuschungen ihm darin bevorstehen können. Die Gehilfen könnten bei gutem Willen manche Ansetzungen von den jungen Leuten fernhalten. Jedoch findet man man selber noch Kollegen, die dem Grundlabe huldigen, dem Lehrling nur recht wenig beizubringen, aus purer Voreingenommenheit, derselbe könnte sie später einmal überflügeln, ihnen vielleicht gar die Stellung streitig machen.

Bei einem tariflichändigen Betriebe, wo ähnlich wie in dem des bekannten Osterburger Tarifgegners Th. Schulz ständig fünf Lehrlinge durch einen alten „Kollegen“ herangezogen werden, ist es zu verstehen, wenn die jungen Leute lieber an einen Gehilfen gestellten Anforderungen nicht oder nur sehr schlecht entsprechen. Mit Bedauern aber muß festgestellt werden, daß auch tarifreue Firmen ihre Lehrlinge, nachdem dieselben vier Jahre alle Kräfte im Interesse des Betriebes anspannen mußten, einfach entlassen, da sie ihnen nicht genügend leisten. So werden junge Kollegen gezwungen, dem Berufe den Rücken zu kehren und von neuem den Existenzkampf zu beginnen. Welch trauriges Zeugnis aber stellt sich eine Firma aus, die ihre eignen Lehrlinge nach dem Auslernen wegen ungenügender Leistungen entläßt! Für solche Fälle müßte der Tarif helfend eingreifen. Hat ein Lehrling vier Jahre im Betrieb all seine Kräfte hergeben müssen, so sollte es den Firmen auch zur Pflicht gemacht werden, ihn dann auch, wenn er nicht freiwillig darauf verzichtet, im fünften Jahre gegen tarifliches Entgelt weiter zu beschäftigen. Die älteren Kollegen aber können wesentlich dazu beitragen, die Auslernenden vor solchen Enttäuschungen zu bewahren.

An diejenigen, die es nicht als ihre selbstverständliche Pflicht und ehrenvolle Aufgabe betrachten, die Lehrlinge zu tüchtigen, durchgebildeten Gehilfen heranzubilden, aber sei der Appell gerichtet, dem Nachwuchs, den wir doch einmal für den Beruf haben müssen, helfend und fördernd in allen Berufsfragen zur Seite zu stehen. Nur dadurch kann die Kollegialität gefördert werden. Den Gehilfenleistungen gegenüber dürften sich die Verbandsvertreter in solchen Fällen ruhig etwas energischer benehmen, nicht, daß den Entlassenen ins Zeugnis geschrieben wird „entlassen wegen Personalerminderung“ und acht Tage später zwei andre Gehilfen eingestellt werden.

Hoffentlich fragen diese Jellen zur Hebung der in ihnen bemängelten Abstände bei.

Musterhausen (Dolse). S. Pözel.

Die tarifliche Neuordnung und der Faktorenbund

In Nr. 30 der „Graphischen Welt“ steht an erster Stelle ein Artikel, der den Vorliegenden des Faktorenbundes, den Kollegen Hermann Steinweg, zum Verfasser hat. Den Anlaß zur Abfassung dieses Artikels gab ihm die Kündigung des Tarifs durch die Prinzipale wie auch durch die Gehilfen. Mit Recht ist er der Ansicht, daß der Faktorenbund dieser Neuordnung zwischen den Gehilfen und den Prinzipalen nicht passiv gegenüberstehen darf.

Die Gelegenheit, sich bei der Neuordnung in unserm Gewerbe aktiv zu beteiligen, scheint der Faktorenbund nach unsern Wahrnehmungen auch jetzt wieder zu verpassen. Da nach seiner eignen Ansicht die Prinzipale niemals innerhalb der Vertragsgemeinschaft Zeit zu Verhandlungen mit den Vertretern des Faktorenbundes hatten, so würde sich der Faktorenbund absolut nichts vergeben, wenn er anlässlich der neuen Tarifberatungen sich ebenfalls dazu aufgeschwungen hätte, beim Deutschen Buchdruckerverein eine Revision der Vertragsgemeinschaft zu beantragen.

Die Gründe, mit denen man von dieser Seite gegen den Anschluß an die Tarifgemeinschaft operiert, sind schon so oft in Artikeln der „Graphischen Welt“ erörtert worden, daß man eigentlich staunen muß, daß der neue Bundesvorsitzende in denselben Fehler verfällt. Er meint, daß es nicht angängig sei, daß die Gehilfen bei der Festlegung der Faktorengehälter mitwirken, wie es ebenso selbstverständlich sei, daß die Faktoren nicht in die Tariffrage der Gehilfen hineinzureden hätten. Das eine Argument reicht ganz bedenklich nach dem bewußten Standesbündel, das andre ist eine leere Ausrede.

Nicht nur wir, sondern auch ein sehr großer Teil Bundesmitglieder sind der Ansicht, daß, wenn die Lage des Faktors verbessert werden soll, dies nur dadurch geschehen kann, daß der gesamte Faktorenbund der Tarifgemeinschaft beitrifft. Es ist so gut wie ausgeschlossen, daß sich die Vertreter der Gehilfen allein als berufen fühlen dürften, einen Tarif für Faktoren innerhalb der Tarifgemeinschaft zu schaffen. Im Gegenteile müssen und werden auch die dazu sich berufen fühlenden Vertreter des Faktorenbundes daran teilnehmen und hineingezogen werden.

Es ist auch jedenfalls etwas ganz andres, wenn als oberste Instanz über den gesamten Abmachungen das Tarifamt mit seinen Unterorganen steht, als wie dies innerhalb der Vertragsgemeinschaft der Fall ist. Ohne Zweifel wird dann von Seiten der Prinzipalsorganisation auch mehr Zeit dafür aufgebracht, die Schmerzen der Faktoren zu untersuchen, als bisher. Als Beweis diene hier der Auspruch einzelner Kreisassessoren, daß sie oft wochenlang auf einen Rückantwort vorgebrachter Beschwerden warten mußten; ja, selbst bei ordnungsgemäß angelegten Sitzungen vor verschlossenen Türen fanden! Das ist innerhalb der Tarifgemeinschaft ein Ding der Unmöglichkeit. Aus diesen Gründen ist es sogar Pflicht des Faktorenbundes gegenüber seinen Mitgliedern, daß er zu einem Akte der Notwehr schreitet und den Boden der Vertragsgemeinschaft, der nachzukommen bis jetzt der Deutsche Buchdruckerverein wenig Veranlassung nahm, verläßt, und unter allen Umständen Anschluß an die Tarifgemeinschaft sucht.

Der Faktorenbund müßte schon längst sich definitiv entschieden haben, auf welcher Seite er zu stehen hat. Als Buchdrucker und freie Gewerkschaftler — vorausgesetzt, daß sie letzteres ernstlich sind — haben die Mitglieder des Bundes sich unter allen Umständen baldigst dahin zu entscheiden, auf dem Wege über die „Ma“ Anschluß an den Graphischen Bund zu suchen. Innerhalb des Graphischen Bundes mag endgültig entschieden werden, auf welchem Wege auch die Faktoren zu dem ihnen zustehenden Rechte kommen sollen. Was der Faktorenbund heute zu tun unterläßt, wird er später, durch die Verhältnisse gezwungen, doch noch, wenn er überhaupt im gewerkschaftlichen Leben eine Rolle spielen will, zur Ausführung bringen müssen.

Mit seinen Halbheiten schädigt sich der Bund selbst mehr, als in der großen Öffentlichkeit in die Erscheinung tritt. Der Jugend gehört die Zukunft, und die Jugend unter der Faktorenschaft innerhalb des Bundes hat nun einmal dieselben Ansichten wie die Mitglieder der Freien Faktorengemeinschaft. Die Freie Faktorengemeinschaft hofft und erwartet, daß die anlässlich des 25jährigen Bestehens des Faktorenbundes im nächsten Jahr in Weimar stattfindende Hauptversammlung des Bundes endlich Beschlüsse zeitigt, denen zufolge wirklich neue Wege beschritten werden.

Tarifgemeinschaft und Faktoren

Zu diesem heikelmittigen Thema ist in den maßgebenden Fachzeitschriften wiederholt Stellung genommen und — ohne groß zu schmelzen — fast ausschließlich dem Anschluß des Deutschen Faktorenbundes an die Tarifgemeinschaft das Wort geredet worden. Auch in Nr. 95 des „Storr“ weist K. V. darauf hin, die Faktoren in der Tarifgemeinschaft zu organisieren. Nach meinem Dafürhalten nißler all die schönen Artikel und Artikelchen nichts, wenn nicht seitens der Faktoren selbst innerhalb ihrer Spezialorganisation — nicht Vertretung der Standesinteressen, verehrter Kollege K. V. — der nötige Druck dahinter gemacht wird. Soviel ich davon unterrichtet bin, ist das auch schon an mehreren Orten geschehen, und zwar auf Kreisfesten, so auch hier in Halle an der Saale, wo anlässlich des Kreisfestes des Kreises VI. des Deutschen Faktorenbundes eine Entschließung mit überwältigender Mehrheit zur Annahme gelangte, die den Hauptvorstand des Deutschen Faktorenbundes ersucht, umgehend Schritte zum Anschluß an die Tarifgemeinschaft in die Wege zu setzen, da die Verammlung der Meinung war, daß die Vertragsgemeinschaft den deutschen Faktoren nicht das bringt und bringen kann, was von derselben erhofft war. Was nun daraus werden wird, bleibt halt abzuwarten. Ich habe die bestimmte Hoffnung, daß über solche wichtigen Entschließungen nicht ohne weiteres hinweggegangen werden kann.

Aber die Sache kann nun einmal nicht über das Knie gebrochen werden und genau wie es im Verbands gang und gäbe ist, daß über solche hochwichtige Angelegenheiten einzig und allein die Generalversammlung entscheidet, genau so ist es auch im Deutschen Faktorenbunde. Die im nächsten Jahre stattfindende Generalversammlung des DFB wird das letzte und entscheidende Wort dazu sprechen, und — davon bin ich schon heute sehr überzeugt — ein Verbleiben in der Vertragsgemeinschaft in der heftigen Form ist so gut wie ausgeschlossen. Ob dann ein Anschluß an die Tarifgemeinschaft erfolgen wird, kann nach Lage der Sache wohl mit Bestimmtheit nicht behauptet werden. Denn wir wissen alle noch nicht, wie die ganzen Verhandlungen anlässlich der Erneuerung des Tarifes ablaufen. Daher heißt es eben: abwarten.

Wir persönlich hat der Anschluß an die Vertragsgemeinschaft auch nicht gepöhl, aber wir Kriegsteilnehmer hatten damals nichts drein zu reden, da wir ja andre Kieber trugen. Hoffen wir also für die Zukunft das Beste und das Richtige. Wir sind es als Buchdrucker nun einmal gewöhnt, uns Mehrheitsbeschlüssen zu fügen, wie es im Falle Vertragsgemeinschaft — Faktorenbund war.

Noch eins will ich nicht ungeschrieben lassen. Es wird immer und immer wieder von einer Standesvertretung bzw. Standesorganisation gesprochen. Wer das schreibt, ist auf dem Holzwege, denn der DFB ist keine Standes-, sondern lediglich eine Spezialorganisation, genau so wie es Maschinenleher-, Maschinenwickler-, Rotationsmaschinenwickler- usw. Spezialorganisationen gibt. Welter ist der DFB, auch nichts. Derjenige Faktor, der gar nicht organisiert ist, der vertritt Standesinteressen und meidet auch den DFB, weil er glaubt, daß sein Stand nicht die richtige Vertretung findet. Alle diejenigen aber, welche im DFB vereint sind, wissen schon, warum sie sich zusammengeschlossen haben. Aber das sei auch an dieser Stelle ge-

lagt: Standesinteressen werden im DFB nicht vertreten. Es wird lediglich an der Verbesserung untrer Lage gearbeitet sowie natürlich auch berufliche Angelegenheiten und Fortbildungsbefrebungen gefördert. Andre Angelegenheiten, die man dem DFB, ab und zu mal an die Rückschöbe zu hängen glaubt, scheiden vollständig aus, wenigstens hier in Halle a. d. S., und, wenn ich nicht feblt gehe, auch andersorts. Größtenteils haben ja die meisten Mitglieder innerhalb des DFB, noch ihre Mutter, den Verband der Deutschen Buchdrucker. Das schon muß doch wohl Gewähr bieten für den richtigen Weisanstchluß in der Zukunft.

Halle a. d. S. K. Russian.

Storrespondenzen

Darmstadt. Unre letzte Bezirksversammlung (am 8. August) war zahlreich besucht. Unter „Mitteilungen“ machte Vorsitzender Bahler auf eine demnächst in Kraft tretende Arbeitsordnung der Druckereien aufmerksam, womit sich die Betriebsräte einweisen befaßen möchten. Kollege Baumann regte die Schaffung eines Gedächtnisblattes für die gefallenen Kollegen im Weltkrieg an. Für die bevorstehende Tarifberatung wurden folgende Anträge beschlossen: Abschaffung der Nacharbeit, Erhöhung der Grundlöhne und Regelung der Ferien nach dem Aller. Über die Lehrlingsordnung und -organisation referierte unter Vorsitzender Bahler. Er führte aus, daß eine Verammlung der Lehrlinge fastlegenden hat. Man konnte dabei erfahren, daß noch manches rückständig sei; namentlich an der materiellen Einflüßung mangelt es. In die Lehrlingsorganisationskommission wurden drei, in den Bezirkslehrlingsauschuss ebenfalls drei Kollegen gewählt. Die Abrechnung vom zweiten Quartal trug Kassierer Böhm vor. Den Bericht vom Graphischen und vom Gewerkschaftsarbeiter erstattete Kollege Bahler. Der Starfellbeitrag wurde von 45 Pf. auf 1 Mk. pro Mitglied und Vierteljahr erhöht.

Eberswalde. Die diesjährige Bezirksversammlung fand am 1. August in Eberswalde statt. Nach Eröffnung durch den Vorsitzenden Rudolph wurde das Ableben zweier Kollegen in üblicher Weise gedehrt. Anwesend waren von den Druckorten Angermünde 7, Bernau 13, Eberswalde 46, Freienwalde 5, Soachimsthal 1, Prenzlau 17, Schwedt 10 Kollegen. Der Kassenbericht lag gedruckt vor, Einwendungen wurden nicht erhoben und dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl des Kollegen Rudolph als Vorsitzenden und des Kollegen Busch als Kassierer. Sodann erhielt Gauvorsitzer Hannack das Wort zu seinem Vortrage: „Die Verbandsgeneralversammlung und ihre Beilegerentscheidungen“. In längerer Ausführungen behandelte Redner die auf der Verbandsgeneralversammlung gefassten Beschlüsse und speziell die ideoellen Fragen. Die Kundigung des Tarifs wurde vom Referenten eingehender besprochen und die sich daraus ergebenden Folgerungen in Betracht gezogen. Mit einer Mahnung an die Kollegenchaft, an der Tarifgemeinschaft festzuhalten, schloß Referent seine interessanten Ausführungen. In der Diskussion wurde dem Vortrage teils zugestimmt, teils an demselben Kritik geübt. Die vom Vorstande herausgegebenen Statuten wurden mit kleinen Änderungen angenommen. Interessant an den Situationsberichten war die Saltonzuldagsangelegenheit Freienwalde. Trobden der Tarif einen solchen von 2 1/2 Proz. vorschreibt, halten die dortigen Prinzipale dagegen Protest erhoben. Auf ihr gutes Recht pochend, haben die Kollegen Beschwerde zuerst beim Kreisamt und dann beim Tarifamt erhoben, eine Tarifschiedsgerichtsflüßung führte aber zu keinem Ergebnisse. Die Kollegen hoffen, gestützt auf gute Unterlagen, doch noch zu ihrem Rechte zu kommen. Dem Ortsvereine Schwedt, dessen Mitgliederzahl durch Neueintretende in kurzer Zeit von 8 auf 17 gestiegen ist, wurde die Anerkennung durch den Vorsitzenden ausgesprochen. Das Regelgeld 4. Klasse konnte voll ausbezahlt werden. Unter „Verchiedenes“ gab der Vorsitzende ein Rundschreiben des Gauvorstandes bekannt, indem auf Bildung von Lehrlingsauschüssen hingewiesen wurde. Er empfahl, recht rege für die Fortbildung der Lehrlinge einzutreten.

F. G. Eberfeld. In unrer letzten Verammlung am 8. August wurden zunächst die Kollegen Steueremann und Thelen, die ihr 40jähriges Verbandsjubiläum und die Kollegen Lehmann und Franken, die ihr 40jähriges begehren konnten, von den Vorsitzenden Weber in einer Ansprache sowie durch Abrechnung von Geschenken geehrt. Der Gesangverein „Gutenberg“ brachte einige Lieder zu Ehren der Jubilare zum Vortrage. Kollege Steueremann dankte im Namen der Jubilare für die Ehrung und ermahnte die Kollegen zur Einigkeit. Zu Punkt 1 der Tagesordnung: „Vereinsmitteilungen“, machte der Vorsitzende bekannt, daß auf Antrag die Stadtverwaltung eine Aula zu Verammungen zur Verfügung gestellt habe. Zum Punkt 3: „Ausprache über Finanzierung der Betriebsrätezentrale nach den Beschlüssen der Gewerkschaftskommission“, fand eine lebhafte Debatte statt über die Selbständigkeit der Betriebsräte. Es wurde schließlich dem Antrage des Vorstandes zugestimmt, wonach vierteljährlich 1 Mk. Grtrabeitrag erhoben werden soll. Dann folgte Punkt 4: „Stellungnahme zu den Anträgen der Tarifkommission“. Die von dieser ausgearbeiteten Anträge wurden beigegeben; es sollen noch einige Verbesserungen dem Tarifauschuss eingeschickt werden. Zum Schluß wurden zur Wahl der Beisitzmitglieder der Lehrlingskommission fünf Kollegen aufgestellt.

Seilbromm a. N. An Stelle unrer nach jahreslängerer fruchtbrender Arbeit zurückgetretenen Sunstke-

näre Vorsitzender Fr. Knapper, Vertrauensmann und Kassierer S. Reiter, welche die Interessen der Kollegenchaft des öfteren auch auf Generalversammungen vertreten, berichtete der neue Vorsitzende Fr. Reinhardt von der Nürnberger Generalversammlung. Auf die ausführliche Berichterstattung von der Generalversammlung durch den „Storr.“ hinweisend, entwarf Kollege Reinhardt in der Hauptsache ein beifällig aufgenommenes Stimmungsbild. Eine Diskussion mußte der vorgedachten Zeit wegen bis zur nächsten Verammlung verschoben werden. — Dieselbe, am 3. August abgehalten, zeitigte keine besondere Auflassung, vielmehr beschäftigte sich die Verammlung eingehend mit der kommenden Tarifberatung.

Süßersloh. Die Verammlung am 7. August war im erfreulichen Gegenfatz zu den vorhergehenden Zusammenkünften gut besucht. Der Bericht der Diskusse zeigte erfreuliche Zunahme. Die bisher geführte Bibliothek wurde dem hiesigen Arbeiterbildungsanschuss überwiefen; nur die Fachliteratur soll separat weitergeführt werden. Der Vorsitzende Witte referierte über die Beschlüsse der Verbandsgeneralversammlung. Die Verammlung erklärte sich einstimmig damit einverstanden, nahm aber auch ebenso einstimmig einen Protest an gegen die Weiblich, den Bezirk Bielefeld des Gaues Rheinland-Westfalen zum Gau Hannover zu legen, da wir mit unsern weifflächlichen Kollegen politisch, geographisch und wirtschaftlich aufs engste verbunden sind. Wir erblicten in einer gewaltsamen Los-trennung eine arge Beeinflüßung des demokratischen Selbstbestimmungsrechts und billten den Verbandsvorstand, den Bezirk Bielefeld beim Gau Rheinland-Westfalen zu be-lassen. Weiter wurde nach längerer Ausprache dem Ge-biltsenvertreter im Tarifkreise II noch übermiffelt, daß wir auf das entscheidende gegen die von der Prinzipalsver-einigung im Tarifkreise I, Bezirk Bielefeld, betriebenen Bestrebungen, den Bezirk Bielefeld dem Tarifkreise I (Hannover) anzugliedern, protestieren. Der Bezirk Bielefeld gehört politisch, geographisch und wirtschaftlich zu Westfalen, und als treue Jünger der roten Erde wollen wir bei unsern weifflächlichen Kollegen bleiben. Wir billten unsern Gebiltsenvertreter, diesen Protest mit allem Nach-druck an berufener Stelle zu vertreten. Die gestellten Hauptanträge zur Tarifrevision wurden beigegeben. — Das diesjährige Johannistfest wurde durch einen Fam-ilienausflug begangen.

Mannheim. In der am 31. Juli leidlich besuchten Bezirksversammlung gelangten zwei Kollegen zur Auf-nahme. Unter „Geschäftlichem“ wies der Vorsitzende auf die fastgegebte Zusammenkunft der Betriebsräte zwecks Ausbaues der Organisation derselben, die demnächst in Kraft tretende Lehrlingsorganisation und die neuen Be-stimmungen über unre Unterstützungsrichtungen hin usw. Einen breiten Raum nahm hierauf der Punkt 2 der Tagesordnung: „Fortsetzung der Diskussion über den Bericht von der Generalversammlung in Nürnberg“, ein. Ein brieflich eingegangener Antrag der sich hier gebildeten Opposition verlangte eine außerordentliche Bezirksver-ammlung, in der ein Referent von der Opposition Bericht von der Generalversammlung erstatten sollte. Der Vorsitzende erklärte ein derartiges Verlangen von nur fünf bis sechs Kol-legen bei einer Mitgliederzahl von über 500 nicht für gerecht-ferligt, denn gemäß unrer Mitgliederzahl müßten dies-Ver-langen statutarisch mindestens 300 Kollegen heißen, außerdem könnte ein Delegierter der Opposition uns über die Tagung in Nürnberg, wenn er sachlich bleibe, auch nichts andres berichten, als bereits geschehen. Im übrigen sei ja ge-nügend Gelegenheit, unter dem angegebenen Punkte sich zu äußern. Vor Sonderbündelei warne er. Unser Ver-band würde sich seiner Aufgabe, unre schlechte wirtschaft-liche Lage zu heben, nach wie vor bewußt bleiben. Kol-lege Lechleiner übte dann in nahezu zweifündigen Aus-führungen an unrer bisherigen Gewerkschaftspolitik Kritik, vielfach ins politische Fahrwasser gelangend und dadurch von älteren Jururen unterbrochen. Im Sinne der Oppo-sition bewegten sich ebenfalls die Ausführungen des Kol-legen Margenau, die aber mehr sachlich gehalten waren und nicht allzu sehr ins politische Fahrwasser schweiften. Die Kollegen Conradi und Seiwert verteidigten unre bisherige Gewerkschaftspolitik. Die Gewerkschaften hätten den Klassenkampf praktisch umgesetzt. Man könnte ein Instrument nicht aus der Hand geben, ohne ein besseres vorher zu haben. Vor Experimenten wie in Rußland sei zu warnen. Auf Jahre hinaus würden wir noch ge-zwungen sein, reale Politik zu treiben. Bei den an-geführten minimalen Erfolgen unrer Tarifpolitik müße man in Betracht ziehen, zu welcher Zeit und unter welchen Verhältnissen sie erfolgt seien. Dann würde das Bild ein wesentlich andres sein, als wie es Kollege Lechleiner stellt. Mancher Kollege befindet sich jetzt in scharfem Gegenfatz zu seinem früheren Standpunkte. Nachdem der Vorsitzende noch kurz erklärte, daß nur der einschlagende Weg den einzigen kritischen Punkt bilde, er aber hoffe, daß durch bebedeulichtiges Engenkommen recht bald der goldene Mittelweg im Interesse der Sache gefunden werden möge, wurde die Diskussion über diesen Punkt geschlossen. — Am 10. Juli fand unter starker Beileigung (auch einige Prinzipale waren anwesend) in den Räumen des „Ball-hauses“ unre diesjähriges Johannistfest statt, bestehend in Mergert, Gesang, humoristischen Darstellungen und Tanz, das einen für alle Beileigenden durchaus belriedigenden Verlauf nahm. Den gelanglichen Teil hatte unre ribrige „Tropographia“, die Festrede in Verbindung des Gau-vorleschers Conradi der Vorsitzende Horig übernommen.

Diffriesland. In dem in Nr. 87 des „Storr.“ vor-öffentlichten Bericht über die Bezirksverammlung des Bezirks Diffriesland ist nachfolgender Satz enthalten: „Der erst seit zehn Tagen im Amte befindliche neue Gauvorstand hatte den zweiten Gauvorstand, Kollegen Stöckinger (Bremen), zu unrer Verammlung delegiert. Dieser Kollege

hielt es nicht für nötig, sich über die Bezirksangelegenheiten zu orientieren. Schon nach dem zweiten Tagesordnungspunkte verfiel er, um sich die Stadt anzusehen. Die Verammlung verurteilte scharf dieses „Interesse“ des zweiten Gauvorsitzenden. Man brachte zum Ausdruck, daß Kollege Stöcklinger, der beheimlich der Opposition angehört, nicht den Bericht zu kontrollieren habe, sondern sich als Mitglied des Gauvorstandes über alle Angelegenheiten informieren müsse. Ich weise ausdrücklich darauf hin, daß ich auf derartige schloße Anstrengungen nicht reagieren würde, wenn nicht meine Zugehörigkeit zur Opposition besonders hervorzuheben wäre. Über gerade diese Tatsache läßt den Zweck der Veröffentlichung allzu deutlich durchblicken. Lediglich aus diesem Grunde — nicht etwa, um mich persönlich zu rechtfertigen — nehme ich melnerleits Verantwortung, einiges über den Verlauf der Bezirksversammlung, von dem der Berichtsteller beziehungsweise so gut wie nichts mitteilt, zu berichten. Gleich zu Beginn der Tagung, nachdem durch den Kollegen Juchacz geschäftliche Angelegenheiten erledigt worden waren, wurde der neue Gauvorstand, als dessen Vertreter ich erschienen war, dadurch provozierend angegriffen, daß man den Reinsfall des gewählten Gauvorstandes lebhaft bedauerte und offen zum Ausdruck brachte, daß man dem neuen Gauvorstande wenig oder gar kein Vertrauen entgegenbringe. Dieses abfällige Urteil über den neuen Gauvorstand fällt man, trotzdem kein Mitglied desselben in Ostfriesland bekannt ist. Man stütze sich hierbei lediglich auf die mehr oder minder verleumderischen Ausstellungen über die politische Tätigkeit einiger Gauvorstandsmitglieder. Nach dem Referat des Kollegen Roth (Oldenburg) über die Generalversammlung des Verbandes nahm ich Veranlassung, meine und die Ansicht der Opposition zu den dort gefassten Beschlüssen kund zu tun. Mit diesem meinem sachlichen Verurteil hatte ich aber das Signal zu einem allgemeinen Angriff gegeben. So verging die ganze Vormittagssitzung mit Schmähungen gegen die Opposition im allgemeinen und den Gauvorstand wie die Bremer Kollegenschaft im besondern. Das Märchen von der Zugehörigkeit verschiedener Bremer Kollegen zu einer „Graphischen Bloch-Union“, die lediglich ein Hirngespinnst krankhaft veranlagter Phantasten ist, wurde herangezogen. Der Kollege Juchacz

und noch ein weiterer Kollege versetzten sich zu der obliquen Äußerung, wir von der Opposition sollten unsere „Konsequenz“ beweisen und dem Verbanne den Rücken kehren, da wir nach ihrer Auffassung in den Rahmen des Verbandes nicht mehr hineinpaßten. Ich will hier zur Ehre der in Frage kommenden Kollegen bemerken, daß dieser Verurteil der Strategen vom Schlage Juchacz, die „Einigkeit“ und das Recht der freien Meinungsäußerung in unserm Verbanne zu fördern, später von einigen Kollegen, darunter dem stellvertretenden Vorsitzenden, zurückgewiesen wurde. Nachdem ich dann noch über die angegebliche „Bloch-Union“ Aufklärung gegeben hatte, erhielt der Kollege Roth das Schlusswort. Ich konstatierte gern, daß der Kollege Roth, der doch sicherlich nicht zu meinen Richtungsfreunden gehört, in vielen Punkten mit mir übereinstimmte und nicht mit in dem Kampf gegen die Opposition stieß. Nach der Rede des Kollegen Roth trat man in die Mittagspause ein. Da nur noch die Berichte der einzelnen Ortsgruppen ausstanden, überdies auch meine Nerven durch die Vormittagssitzung vollständig aufgebraucht waren, nahm ich mit dem Kollegen Juchacz Rücksprache darüber, ob er mein Erscheinen in der Nachmittagstagung für notwendig erachte. Juchacz erklärte mir ausdrücklich, daß irgendwelche Sachen polemischer Natur nicht mehr zur Sprache kommen würden. Zur Kenntnisnahme teilte er mir noch einen Fall mit, wegen dem gegen einen Kollegen der Ausschluß aus dem Verbanne beantragt werde. Dieses tat er mit dem ausdrücklichen Bemerkens, falls ich „nicht zur Nachmittagssitzung erscheinen würde“. In der Verammlung selbst hat Juchacz nichts von dieser Tatsache erwähnt. So viel selbstverständliches Anstandsgefühl hätte ich von Juchacz allerdings auch nicht erwarten sollen, nachdem derselbe bereits anlässlich der Delegiertenwahl zur Generalversammlung durch Verlesung eines Rundschreibens im Bezirk Ostfriesland seine persönliche Gegnerschaft gegen mich in ziemlich unfairer Weise bewiesen hatte. Bemerkens will ich noch, daß die Aufgabe, die ich in Ostfriesland zu erledigen hatte, nicht darin bestand, einer Verammlung beizuwohnen, die von vornherein nicht gewillt war, jede Meinung anzuhören, sondern die den Gauvorstand ohne Anhören um jeden Preis zu verurteilen beabsichtigte. Meine Absicht, den Kollegen in Ostfriesland

einmal die Stellungnahme des neuen Gauvorstandes zu schildern, glaube ich vollkommen ausgeführt zu haben. (Weiter konnte ich auf den Veramlungsbericht im „Korr.“ nicht eher antworten, da ich in der fraglichen Zeit nicht in Bremen weilte.)

Karl Stöcklinger
(stellvertretender Gauvorsitzer des Gau Nordwest).
Würzburg. Die Anerkennung der Lehrlingsordnung für das deutsche Buchdruckgewerbe wurde von den hiesigen Prinzipalen schon von Anfang an verweigert und demzufolge die darin enthaltene Kollegenentscheidung nebst Steuerungsulage nicht ausgezahlt. Später trafen dieselben der auf der Landshuter Tagung bayerischer Prinzipale beschlossenen Profeststellung zur Lehrlingsordnung bei und genügen jetzt noch nicht der materiellen Forderung. Demgegenüber erkannten die farblosen Buchdruckerhelfen Würzburgs die Lehrlingsordnung als ein für beide Teile verbindliches Tarifgesetz an und machten in einer am 10. August tagenden allgemeinen Buchdrucker-versammlung Vorschläge zur Urwahl des vorgeschriebenen Lehrlingsausschusses. — In der sich anschließenden Verammlung wurde der jetzige Ortsausschuss als vorläufiger Bezirksausschuss bestimmt. Die durch eine eigens hierzu bestimmte Kommission beantragten Änderungen zum Tarif fanden eingehende Beratung und einstimmige Bewilligung. Gleichzeitig fand ein Antrag einstimmige Annahme, wonach vom Verbandes- und Gauvorstand ab 1. September eine neue, der fortschreitenden Steuerung entsprechende Zulage im Tarif-ausschuss zu erwirken ist.

Versehiedene Eingänge

„Schweizer Graphische Mitteilungen.“ Monatschrift für das graphische Künstlergewerbe. 35. Jahrgang. Heft 7 (Juli 1920). Halbjahrespreis für Deutschland 18 Mh. Redakteur und Herausgeber August Müller in St. Gallen.
„Arbeiterbildung.“ Monatschrift für die Arbeiterbildungsausschüsse und Bildungsorgan für die Junglokalitäten. Herausgegeben vom Zentralbildungs-ausschuss der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Verlag Buchhandlung „Vorwärts“, Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Vierteljahrsabonnement 6,50 Mh. bei Bezug durch die Post.

(Szerzu eine Beilage.)

Spanisch
Englisch, Französisch, Italienisch, Niederländisch, Polnisch, Rumänisch, Russisch, Schwedisch, Ungarisch, Griechisch, Katalanisch, Deutsch erlernen Sie leicht und bequem nach der weltberühmten Methode Toussaint-Rangenscheidt. Keine Vorkenntnisse und keine höhere Schulbildung erforderlich.

Toussaint-Rangenscheidt
Verlangen Sie heute noch kostenlos die Zusage der Einführung in 30 in den Unterricht der Sie interessierenden Sprache von der Rangenscheidt-Verlagsbuchh., (Prof. G. Rangenscheidt), Berlin-Schöneberg, Bahnhstr. 29/30, Verlag der Sprachunterrichts-Vertriebsstelle nach der weltberühmten Methode

Schriften: Neue Bahnen der Arbeit am Volke
Die Volkshochschule. Von Dr. R. v. Erdberg. 1,20
Staatsbürgerkunde u. Volkshandlung. Von Prof. Dr. J. Ziehen. 1,20
Erschafft den Menschen in Euch. (Vom Lehrer und vom Kind). Von Dr. Fr. Hörter. 1,20
Naturwissenschaft und Volksbildung. Von Dr. J. Ziehen. 1,20
Preisg. und Volksbildung. Von Dr. W. Cohnstadt. —,60
Mit Beisetz vom Verlag Engert & Schloffer in Frankfurt a. M.

Egal wohin!
Junger
Maschinenmeister
mit Schnellpresse und Siegel sowie sämtlichen Hilfsmaschinen vertraut, sucht baldmöglichst Stellung.
Gest. Offerten erbeten an:
Mag. Reichel,
Neustadt (Oberh.),
Ring 14 b. Fr. Schneider.

Abzieher
Buchdrucker, lange Jahre bei Silkenfeld, sucht in Groß-Berlin Stellung. Gest. Offerten erbittet Rud. Bauer, Neuhölln, Herbergstraße 22, l. S. IV. 146

**Brandenburgischer
Maschinenseherverein**
Sitz
Sonntag, den 5. September, vormittags 10 Uhr, im „Berliner Klubhaus“, Dönhofsstraße 2.

Monatsversammlung
Tagesordnung: 1. Vereinskassenführung. 2. Arbeitslosgleichheit — Tarifrevision (Referent: Kollege Robert Braun). 3. Neuaufnahmen. 4. Verschiedenes. (39 Die Auslosung der Teilnehmer an den Technischen Kursen findet vor der Versammlung 9 1/2 Uhr im großen Saale statt. Im plunkiliches, allseitiges Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Welcher Kollege i. Saar u. Memelgebiet, in Danzig, Obereschleien, Polen usw. tritt mit mir in **Briefmarkenaustausch?**
Adresse u. M. M. postlag. Chemnitz, 142

**Verbandsnadeln
Graphische Werkzeuge
Werkzeugkasten** verschickbar fow. für Maschinenmstr. u. Seher empf. i. best. Qual. Kollege Max Balgi, Leipzig-Südtierich, Papiermühlstr. 511. Preisliste gratis. 145

Günstig für Anfänger!
Verkaufe gegen bar an Kollegen, die sich selbständig machen wollen, kleine Holzdruckeinrichtung. (Wolken, Schriften und Strahl-Schnelldruckmaschine.) Fast ungebraucht und billig. Näheres teile unter Nr. 45 an die Geschäftsst. d. Bl. mit.

Maschinenband
Griechensqualität, kleiner
Bexner & Wolf,
Düsseldorf, Graf-Adolf-Straße 112.

**Eine ganzautomatische
Bogenzahnmaschine**
mit Original-Notary-Anleger, Format 76/108 cm, ganz neu, umfändlicher abzugeben. Angebote unter Nr. 28 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

**Fener Setzer, der auf Fort-
schritte achtet, schreibt leicht,
vollständig: „Der Schriftsetzer im neu-
zeitlichen Druckerbetrieb.“ Mit An-
hang: „Die Berufsprache des Setzers“.
2,50 M. F. Seidel, Reutlingen, Maurerstr. 37.
Postcheckkonto 19039. Stuttgart. 133**

Gautflechten
aller Art, auch ganz veraltete Beiden, namentlich suchende, nässende und sehr empfindl. Ekzeme heilt so, die kühlende
„Griidolan-Keilfarbe“
RAB, angemeldet, geschliffen geschliff. Geprägt an Unverfälschtheit. Mleinige Herstellung und Versand
Dr. Strauß & Co., Berlin W 15, Hptlandstraße 146/c. Preis der Originaldose 12 Mh. gegen Voreinsendung franko, Nachnahme 1 Mh. mehr. Markenlose, schnellste Verfertigung! Größte Erleichterung schon bei erstmaliger Verwendung! Preisprozent kostenlos. 1980

Reparaturen, Montagen
an sämtl. Maschinen des graph. Gewerbes werden gut u. billig ausgeführt. Langjährige Erfahrungen, reelle Bedienung. O. Mortensen, Düsseldorf-Unterrath,

Wer für sich oder seine Angehörigen eine Lebensversicherung abschließen will, benutze dazu nur die von der organisierten Arbeiterchaft ins Leben gerufene Volksfürsorge
Gewerkschaftl. - Genossenschaftliche
Vorficherungs-Aktien-Gesellschaft
Hamburg 5.

Das Betriebsratsgesetz
Vollst. Wortlaut des Gesetzes mit ausführlicher Einführung von Paul Umbreit, Schriftleiter des „Korrespondenzblattes“ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Gegen-Einsendung von 2,50 Mh. Granhohjehung durch
A. Siegel, München 9, 1454

Bei Arbeitsmarkt sowie kleineren Anzeigen wollen Interessenten der Portofreispans wegen des Betrag gleich mit beifügen; bei Beträgen unter einer Mark jedoch kein Stadtnoteid, sondern Briefmarken.

Am 27. August verstarb plötzlich an einem Schlaganfall unser lieber Kollege, der Seherinvalide
Mag Würsching
aus Ploß, im Alter von 62 Jahren. Sein Andenken wird stets in Ehren halten. 161
Die Mitgliedschaft Nürnberg.

Am 27. August verstarb nach achttägiger Krankheit unser lieber Kollege, der Drucker
Willi Beker
geboren 6. September 1897 in Bromberg.
Sein gerader und aufrichtiger Charakter wird uns allen unvergesslich bleiben und sicher ihm ein dauerndes Gedenken bei den Mitarbeitern der Norddeutschen Buchdruckerei, Berlin.

In Saalfeld (Thür.) verschied plötzlich unser lieber Kollege, der Seher
Willi Dölling
geboren 26. Juli 1885 in Angelsburg.
Ein ehrendes Andenken wird ihm bewahrt
Der Bezirksverein Ostfaltungen.

Erst jetzt erliefen wir die Nachricht, daß unser lieber Kollege, der Seher
Wilhelm Scheffert
aus Krefeld im Dezember 1918 in französischer Kriegsgefangenschaft tödlich verunglückt ist. Ehr seinem Andenken!
Ehener Buchdruckerverein.

Am 26. August verstarb nach längerer Krankheit unser lieber Kollege, der Maschinenmeister
Willi Büniger
aus Einbeck, im Alter von 34 Jahren. 144
Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.
Bezirksverein Mittelbesheim.

Am 18. August, abends, wurde der Seher
Karl Ludewig
aus Wiesbaden, 37 Jahre alt, das Opfer eines bis jetzt unauferklärten Verkehrens.
Ein ehrendes Andenken bewahren dem braven Kollegen
Bezirksverein Wiesbaden.
Wiesbaden-Quartell.
Typographische Vereinigung.

Drucker, Seher usw.
kann sich mit 20-80000 Mh. an neuer, moderner, bahnbrechender, Aufschwung nehmender Zellstrich beteiligen. Zuschriften unter Nk. Z. 1972 an Rudolf Mosse, Neuhölln, Berliner Straße 41, erbelen. 140

Flachdruckmaschinenmeister
der Pole ist und nach der Heimat will, kann sich melden.
Dr. Iarna Polsha T.-M., Posen. 152

Welche Kollegen
würden sich an einer Genossenschafts-druckerei beteiligen? U. S. D.-Zeitung bereits vorhanden. In Frage kommen ein Maschinenmeister und einige Seher. Ausführliche Offerten an Kollegen Gustav Schmidt, Sondershausen, Neustadtstraße 18.

Geschäftsführer
gesucht
lofort oder später für die Verlagsgenossenschaft „Volkstimme“ Schmalkalden, Tagesorgan der U. S. D. Bevorzugt wird ein im Buchhandel, Zeitungswesen und Abdruckverord. erfahrener Fachmann. Bewerbungen sind zu richten unter Aufschrift: Bewerbername, an Friedrich Clemen, Schmalkalden, Münchelsaffe. 143

**Züchtiger
Dinotyperseher**
möht unter Drehabnehmer Prayis, für Multi-Abend um sofortigen Zutritt in Dauer-Heimung wetsucht. Angebote erbittet
Vinduhnerer W. G. Burau,
Danzig, Langgasse 39.
37]

Dinotyperseher
für Multi-Abend für dauernde Beschäftigung sofort gesucht (abwechslend Tag- und Nachtschicht). 150
„Anner Zeitung“, Anna.

Schriftseher, 26 Jahre alt, ledig, sucht für lofort oder später Stellung. Bewandert im Wert- und Holzdruck. Gest. Angebote an Dr. Großhirc, Berlin SO 36, Reichberger Straße 98. 36]

Schriftseher
(20 Jahre alt), sucht Stellung. Angebote unter Nr. 47 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbelen. 153

Wo bietet sich für leicht kriegsbeschädigten jungen Seher, 24 Jahre alt, Gelegenheit zur
Ausbildung an der Sehermaschine?
(Dinotyper oder Monoline erwünscht.) (Gest. Offerten mit Angabe der Verhältnisse unter W. F. 53 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbelen.

Volkswirtschaft

Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit II.

Die schweren moralischen und materiellen Schäden der zunehmenden Arbeitslosigkeit für die gesamte deutsche Volkswirtschaft haben die Arbeitgebervertreter im vorläufigen Reichswirtschaftsrat schon vor längerer Zeit veranlaßt, einen Antrag einzubringen, durch den eine produktive Erwerbslosenfürsorge mit dem Ziele der Steigerung der Warenerzeugung als dringend erforderlich bezeichnet wurde. Dieser Antrag führte zur Bildung eines engeren Arbeitsausschusses, der im Sinne des Antrags sofort gründliche Erhebungen in zahlreichen Sitzungen mit Sachverständigen aller wichtigen Industrie- oder Arbeitsgruppen veranstaltete. Die Vernehmungen der Sachverständigen ergaben in der Hauptsache folgende Aufschlüsse über die Ursachen der gegenwärtigen Wirtschaftslage: 1. Die bisherige unzulängliche Arbeitsmarktsituation hat eine Unterfütterung der Krisis verschuldet. 2. Durch den Versailler Friedensvertrag ist die Krisis zum Normalzustand für Deutschland geworden. 3. Die Steuerung der Roh- und Hilfsstoffe muß fast ausnahmslos als wichtigste Ursache der Störungen angesehen werden, während den Lohn erhöhungen nur in vereinzelt Fällen ein größerer Einfluß zuerkannt werden kann. Volle Übereinstimmung ergab sich darüber, daß an einen Abbau der Löhne nicht eher gedacht werden kann, als auch die Kosten der notwendigen Lebenshaltung ermäßigt worden sind. 4. Die Wertschwankungen in Verbindung mit den sprunghaften Veränderungen werden als wichtige Seilursachen neben den Erhöhungen der Rohstoffpreise beurteilt. 5. Das Arbeiten auf Lager wird durch die Höhe der Selbstkosten erschwert, weshalb zu Produktionsbeschränkungen gezwungen wurde. 6. Die gegenwärtig übliche Methode der Selbstkostenberechnung der Unternehmer mit Prozentaufschlägen wie sie im Frieden üblich waren, aber angesichts der gestiegenen Rohstoffpreise enorme Gewinne ergeben, wird als nicht gerechtfertigt bezeichnet. 7. Durch die jähen Preisaufschläge auf dem Warenmarkt hat sich das Risiko verschärft. 8. Das ganze Preisniveau der Unternehmer ist zusammengebrochen infolge allgemeiner Direktionslosigkeit. Die Materialpreise sind auf das 20- bis 50fache, Handarbeiterlöhne auf das 10- bis 12fache gestiegen, während die Bezüge mancher geistiger Arbeiter kaum das Doppelte der Vorkriegszeit erreicht haben. 9. Große Verluste stehen großen Reingewinnen gegenüber. Die Unternehmer stellen die Verluste, die Arbeiter die Gewinne in den Vordergrund, Preisnachlässe werden von den Unternehmern als unbillig bezeichnet, weil die früheren Gewinne aufgezehrt seien. 10. Kriegsmaßnahmen üben in vielen Gewerben noch einen großen Einfluß aus. Die Regelung der Ein- und Ausfuhr durch Ausfuhrabgaben und die Tätigkeit der Außenhandelsstellen als Selbstverwaltungskörper werden durchweg als ungünstig beurteilt. Viele Unternehmer wünschen die Wiederherstellung des freien Verkehrs, die Arbeiter dagegen fordern eine sozialistische Bedarfsdeckungswirtschaft, wobei Arbeiter, Verbraucher und Vertreter der Staatsgewalt in Gemeinschaft mit dem Unternehmer das Wirtschaftsleben in einer allein dem Gesamtwohle dienenden Weise regeln. 11. Der Förderung des Exports wird von den Unternehmern größere Bedeutung beigelegt. 12. Bekämpfung der Betriebseinschränkungen und Stilllegungen erfordern stärkere Kohlenbelieferung und andere Preisbildung, Abbau der Rohstoffpreise, Stabilisierung des Geldwertes, Verhinderung von Luxus-einkauf, Aufhebung produktionshinderlicher Zwangswirtschaft, Rationalisierung der Produktion, Vereinfachung von jeder Überorganisation mit ihren kostspieligen unproduktiven Einrichtungen und Förderung der Ausfuhr aller nicht für den eigenen Bedarf unbedingt erforderlichen Waren.

Die in vorstehenden zwölf Punkten zusammengefaßten Feststellungen des Arbeits- oder Unterausschusses des Reichswirtschaftsrates führten in einer Vollversammlung des wirtschafts- und sozialpolitischen Ausschusses schon am 10. August zu großen Meinungsverschiedenheiten mit einem großen Teil der Unternehmervertreter. Nach einer sogenannten zweiten Sitzung am 12. August verließen sie nur eine „Kenntnisnahme des Berichts“ zu bewilligen und die endgültige Beschlußfassung dem Plenum des Reichswirtschaftsrates zurückzugeben. Dem stand jedoch ein früherer Beschluß des letzteren entgegen, der die diesbezüglichen Ausschüsse beauftragte, ihren Bericht der Regierung unmittelbar vorzulegen. Das Bestreben der Unternehmer kam einer Verhinderung der Entscheidung bis zum September oder Oktober gleich; es wurde daher abgelehnt. Darauf verließen die Unternehmervertreter die Feststellungen des Ausschusses abzuschwächen und teilweise zu ändern. Schlussfolgerungen umzumünzen. Es gelang ihnen jedoch nicht; in allen grundsätzlichen Fragen mußte die Abstimmung entscheiden, die nach Gruppenabstimmungen in allen Fällen die Ablehnung der Unternehmeranträge ergab. Die zur Annahme gekommenen Beschlüsse des Wirtschafts- und sozialpolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrates zum Ausbau einer produktiven Erwerbs-

losenfürsorge wurden hierauf zu einer besonderen Vorlage für die Reichsregierung zusammengestellt und dieser unterbreitet. Sie zerfällt in drei Teile. Der erste Teil umfaßt die in den zwölf Punkten gemachten Feststellungen der Krisenursachen und befaßt zusammenfassend im letzten Absatz folgendes: „Die besten Ausichten für erforderliche Eingriffe bieten zunächst eine Umgestaltung der Kohlen- und Eisenwirtschaft sowie eine Neugestaltung der Holzwirtschaft einschließlich der Papierindustrie und des Bau- und Ausbaufolgens. Die Länder und Gemeinden verfügen über mehr als zwei Drittel der deutschen Holzproduktion. Zudem blockiert die Regelung der Ausfuhr auch Gelegenheiten, auf die Eisen- und Stahlpreise einzuwirken. Um zu verhüten, daß die Preissteigerungen in der Rohstoffindustrie von den anschließenden Gliedern in Verkehr und Produktion ausgebeulert werden, ist, sofern es zur Verhinderung von Preisbochhaltung notwendig ist, ein System der gebundenen Preisbildung bis zum letzten Verbraucher in Aussicht zu nehmen.“

Der zweite Teil dieser Vorlage des Reichswirtschaftsrates für die Reichsregierung befaßt sich mit Vorschlägen allgemeiner Art zur Beseitigung der unbilligen Zustände. In erster Linie wird die sofortige Ausarbeitung von Gesetz- und Verordnungsentwürfen zur Verhütung des Abbruchs oder von Stilllegungen sowie unvollkommener Ausnutzung wirtschaftlicher Betriebe gefordert. Der Abbruch von Betrieben oder die wesentliche Einschränkung der Produktionsmöglichkeit eines Betriebes durch gänzlichen oder teilweisen Verkauf bisher zum Betriebe benutzter Produktionsmittel ist unter vorheriger Anmeldepflicht zu stellen und von einer besonderen Genehmigung abhängig zu machen. Jede Stilllegung von Betrieben (auch nur teilweise) ist in jedem einzelnen Falle durch einen Sachverständigenauschuss unter Zugiehung von Unternehmern und Arbeitern auf ihre volkswirtschaftliche Berechtigung zu prüfen. Diesen Ausschüssen muß das Recht zustehen, Maßnahmen zur Fortführung der Betriebe bei einer öffentlichen Stelle in die Wege zu setzen. Dazu sollen dienen:

- a) Die Erteilung von öffentlichen Aufträgen durch Vermittlung der beteiligten Fachorganisationen zur Hebung des Absatzes bei gleichzeitiger Auflegung besonderer Absatzbedingungen und Festlegung bestimmter Lohnsätze, Preisabschränkung auf die nach gewissen Grunddaten zu berechnenden Selbstkosten zuzüglich der notwendigen Abschreibung und begrenzter Kapitalverzinsung, Verzicht der Erzeugnisse nach gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten und Befreiung zur Aufwertung entsprechend der Beschränkung an die Unternehmer und Unterabnehmer;
- b) Die Verpflichtung der unter öffentlicher Aufsicht stehenden Rohstoffgesellschaften, die ihrer Bewirtschaftung unterliegenden Rohstoffe zu den der Marktlage entsprechenden Preisen den Verbrauchern abzugeben;
- c) Die Gewährung von Betriebskapital, insbesondere durch geordneten öffentlichen Zusammenfluß der Gewerkschaften, z. B. durch Bezeichnung von noch nicht abgeleiteten Fertigungs- und Fabrikfabriken, auch durch Beteiligung öffentlicher Stellen, insbesondere auch durch Beteiligung der aus dem Warenverkehr entstehenden Fonds der Kriegsgesellschaften, Reichsstellen und ähnlichen Korporationen, als Geldgeber unter Auflegung entsprechender Absatzbedingungen usw. z.;
- d) Die Gewährung von Ausfuhrerlaubnissen, soweit notwendig, unter gleichzeitiger Fürsorge für den notwendigen Inlandsbedarf, z. B. unter der Bedingung der sofortigen Neubesetzung entsprechender Warenmengen zum Inlandsablauf zu einem den billigeren Rohstoffen entsprechenden Preise;
- e) Sicherstellung der zu a, c und d von den Betrieben übernommenen Verpflichtungen durch geeignete Verwaltungsmaßnahmen und Strafverfügungen;
- f) Übertragung der zu a bis d aufgeführten Aufgaben sowie der sich etwa aus den Verwaltungsmaßnahmen zu c weiter ergebenden Aufgaben an eine einwillige, nicht nach bürokratischen Grundsätzen zu leitende selbständige öffentliche Stelle.

Im Falle einer Nichtbeachtung der nach vorstehenden Grundsätzen angeordneten Verpflichtungen sollen bestimmte öffentliche Stellen oder Berufsleistungen das Recht haben, den Betrieb im Interesse der Allgemeinheit selbst oder durch einen Dritten weiterzuführen zu lassen, zu verpachten oder zu enteignen. Auch sollen die Kohlen und sonstigen Betriebsstoffe in solchen Fällen alsbald einer Verwertung in anderen Betrieben zugeführt werden. Die Verbindungszerpflünderung soll durch Vereinnahmung des Wirtschaftsressorts mit rationellster Verbindung aller nachgeordneten Stellen auf schnellstem Wege befristet werden. Alle Rohstoffe und sonstiger Bedarf der inländischen Produktion sind durch Ausfuhrverbote oder Ausfuhrkontrolle sicherzustellen. Während der durch die Krise erzwungenen Kurzarbeit ist den Arbeitern pro ausgefallene Arbeitsstunde nach festzulegenden Richtlinien ein noch zu bestimmender Prozentsatz des tarifmäßigen Mindestlohns aus Mitleid der Erwerbslosenfürsorge zu vergüten. In der Erwartung, daß die Durchführung der vom Unterausschuss vorgeschlagenen Mittel und Wege die völlige Arbeitslosigkeit stark einschränken und nur solche Fälle von Arbeitslosigkeit übriglassen wird, die sowohl vom Standpunkte des einzelnen Arbeitlosen als auch vom Standpunkte der Allgemeinheit aus als persönlich unvermeidbar und objektiv unvermeidbar anzusehen sind, ist die formale zeitliche Begrenzung der geldlichen Erwerbslosenunterstützung auf 26 Wochen für die Zukunft fallen zu lassen. Es ist zu prüfen, welche Kennungen einem angemeinlichen Abbau der Preise aus der stark entwickelten, aber unkontrollierten privaten Streifen der Verbände erwachsen, und welche gesetzlichen und verwaltungstechnischen Maßnahmen dagegen in Betracht zu ziehen sind. Das Kohlenabkommen von Spa bedingt eine Umstellung der deutschen Industrie, damit Arbeit, Rohstoffe und Kapital nicht mehr für die

Erzeugung wirtschaftlich unwichtiger Waren, sondern zugunsten des Exports und des notwendigen Inlandsbedarfs verwendet werden. Die dazu erforderlichen Maßnahmen sind baldmöglichst in die Wege zu setzen.

Der dritte Teil der Vorlage enthält Beschlüsse, die einzelne Gewerbe betreffen. An erster Stelle werden hier die Holzwirtschaft und Papierherzeugung in Betracht gezogen, und zwar unter folgenden Gesichtspunkten: „Von der Voraussetzung ausgehend, daß eine gemeinwirtschaftliche Regelung der Holzwirtschaft eintritt und der Fiskus eines jeden Einzelstaates die vielfach durch Spekulation getriebenen Preise nicht zur Erhöhung der Einnahmemeals ohne Rücksicht auf die volkswirtschaftlichen und sozialen Verpflichtungen der Staatswirtschaft ausnützt, ist in der Papierherzeugung zu fordern, daß die Herstellung von Druckpapier für Zeitungen und Bücher durch Belieferung von Fabriken mit Papierholz zu erzwingenden Preisen gefordert wird. Die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung und die Form der Kontingenterung des Druckpapiers ist nachzuprüfen.“ An zweiter Stelle der Beschlüsse für einzelne Gewerbe folgt die Schuhschuhindustrie. Hier soll die Durchführung eines Kartellmonopols geprüft und, solange ein solches nicht besteht, durch behördliche Überwachung der Reduktion einer weiteren Steigerung der Preise vorgebeugt werden. Um eine bessere Verloren der Arbeiter des Kohlenbergbaues sowie der minderbemittelten Bevölkerung mit gutem Schutze zu erzielen und Arbeitsgelegenheit für lernende Arbeiter der Schuhindustrie zu beschaffen, sind die auf Grund der Konjunkturergänzungsvorordnung vom August 1919 noch dem Reiche abzuleihenden Ledermengen sofort einzufordern und nach Maßgabe der allgemeinen Vorschläge für die Erteilung von öffentlichen Aufträgen zu verarbeiten. Ferner soll eine Beschränkung des Ausfuhrverbots als Gebrauchsschutzwerk aus Rind-, Fahl-, Rohleder, Wildschaf- und schwarzes Kalbleder unter der Bedingung, daß die inländischen Verkaufspreise nicht höher gestellt werden als die von dem Antragsteller im Auslande geforderten Preise, durchgeföhrt werden. Außerdem soll eine Beschränkung der Einfuhr auf solches Gebrauchsschutzwerk, das nicht in gleich guter Qualität zu gleichen Preisen im Inlande hergestellt werden kann, Platz greifen. An dritter Stelle wird der freiwillige Zusammenschluß bisher erwerbsloser Personen zu besonderen Arbeitskreisen, die sich gemeinsamer praktischer körperlicher Arbeit in der Landwirtschaft oder einem sonstigen produktiven Gewerbe zuwenden wollen, als gemeinnützige Organisation befristet. Zur Erfüllung ihrer Aufgaben sollen diesen besonderen Arbeitskreisen als Mittel der öffentlichen Erwerbslosenfürsorge Darlehen gewährt werden. Die hierzu zu gewährenden Darlehen müssen in Verhältnissen zu den zur Durchführung kommenden Aufgaben stehen und sind von Fall zu Fall zu bemessen. Die Leiter der Arbeitskreise gelten als rechtliche Träger der Darlehen und haften persönlich für sie. In vierter Stelle kommen dann entsprechende Vorschläge für Schiffahrt, Schiffbau und Fischereiwirtschaft, die sich in ähnlichen praktischen Bahnen halten, wie die vorgenannten drei Arbeitsgruppen.

In allen diesen Vorschlägen des Reichswirtschaftsrates kommt zwar der Wunsch zum Ausdruck, daß das bisherige Durch- und Gegeneinander in der deutschen Volkswirtschaft einer systematischen und klaren Ordnung Platz machen muß, wenn wir überhaupt aus dem Elend der Gegenwart herauskommen wollen. Daß aber diese Vorschläge zum größten Teile nur gegen den Willen der Unternehmer im Reichswirtschaftsrat zum Beschlusse erhoben werden konnten, ist ein Beweis dafür, daß in dieser Richtung noch viele und große Widerstände zu überwinden sind, ehe wir auf neuen Wegen aus dem gegenwärtigen Elend herauskommen können. Es würde zu weit führen, wenn wir alle Einwendungen der Unternehmervertreter gegen diese unter starken Einfluß erfahrener Gewerkschaftsvertreter zustande gekommenen Beschlüsse im einzelnen hier wiedergeben wollten. Zum größten Teile waren es auch nur „alte Kamellen“. Nur darüber können sie nicht hinweg, daß eben ihre ganze bisherige Wirtschaftsmethode an diesem Zusammenbruche schuld ist, und daß daher ganz andere Methoden der Produktion und der Arbeitsvertragsverteilung zur Anwendung kommen müssen, wenn wirklich wieder eine Gesundung der deutschen Volkswirtschaft herbeigeföhrt werden soll.

Rudolf Willeit, der talkräftige Arbeitervertreter, der als geistiger Erheber der Reformvorschläge im Reichswirtschaftsrat bezeichnet werden kann, hat vollständig recht, wenn er in seiner Begründung darauf hinweist, daß die rapid zunehmende Arbeitslosigkeit die Meister der bisherigen Wirtschaftsform nicht nur insanken gebracht, sondern das Zusammenbrechen dieser Meister in immer greifbarer Nähe gerückt hat. Es ist daher höchste Zeit, daß zunächst die wichtigsten Ursachen dieser Katastrophe schnell und gründlich beseitigt wird. Und da kann es sich nur um einen sofortigen Abbau der hohen Preise und um eine gänzliche Beseitigung aller ungerechten Profitierstellen handeln, wenn eine Gesundung eintreten soll. Alle bisherigen Erfahrungen weisen darauf hin, daß ein solcher Preisabbau als wichtigste Voraussetzung für eine Steigerung der Kauf- und Arbeitskraft der großen Masse nur möglich ist durch gründliche Umgestaltung des „freien Spiels“

der Kräfte" in eine einheitliche, den Lebensnotwendigkeiten der großen Masse angepasste planmäßige Bedarfswirtschaft. Ein solcher Neuaufbau der Wirtschaftswirtschaft wird jedoch nur möglich sein, wenn er unter aktiver und freiwilliger Mitarbeit der Arbeiterschaft erfolgen kann. In dieser Situation stellen die Beschlüsse des Reichswirtschaftsrats gewiß ganz deutliche Wegweiser und gute Ratschläge dar. Aber leider dürfen daran keine allgroßen Hoffnungen geknüpft werden. Es fehlt in Wirklichkeit überhaupt nicht an brauchbaren Vorschlägen und Plänen für einen erfolgreichen Neuaufbau der aufzunehmenden deutschen Volkswirtschaft. Für jede einzelne Industriebranche sind schon längst entsprechende theoretische Vorarbeiten geleistet. Und wenn bei der Mehrheit der gelehrenden Körperlichkeiten im Deutschen Reich wie bei der Reichsregierung tatsächlich der ernste Wille vorhanden wäre, die Konsequenzen aus der gesamten gegenwärtigen Lage zu ziehen, so könnten mit Hilfe der deutschen Arbeiterschaft in wenigen Monaten die Fundamente eines fragwürdigen und bestreudten Neuaufbaues der deutschen Volkswirtschaft gelegt und in den nächsten Jahren weiter ausgebaut werden. Für den bevorstehenden gewerkschaftlichen Betriebsrätekongress ergibt sich daraus die erste Aufgabe, mit kraftvoller Entschlossenheit den gordischen Knoten zu durchhauen und die deutschen Gewerkschaften durch Aufstellung und Proklamierung eines klaren Programms zur sofortigen einleitenden Inangriffnahme des Neuaufbaues der deutschen Volkswirtschaft zu befähigen.

Ein gründlicher und sofortiger Preisabbau wäre der erste und wichtigste Schritt auf diesem Wege. Es wird daher eine Hauptaufgabe des bevorstehenden gewerkschaftlichen Betriebsrätekongresses sein, mit Kraft und Entschlossenheit Mittel und Wege zu suchen und festzulegen, die allen dazu berufenen und fähigen Vertretern der Arbeiterschaft ein sofortiges entscheidendes Kontroll- und Mitbestimmungsrecht in der Preisbildung aller Arbeitsprodukte ermöglichen. Denn in der bisherigen privathypothetischen Preisbildung und -durchsetzung liegen die Ursachen des Rückgangs der Kaufkraft der großen Massen des Volkes, des Rückgangs der Nachfrage auf dem Warenmarkt, der Produktionsbeschränkungen und logischerweise auch jene der erschreckenden Zunahme der Arbeitslosigkeit. Das einseitige Recht des Unternehmers in Industrie, Handel und Landwirtschaft auf dem Gebiete der Preisfestsetzung muß gebrochen, die „Geschäfts- und Kalkulationsgeheimnisse“ müssen ihres betrügerischen Charakters gegenüber Käufer und Arbeiterschaft entkleidet werden. Eine Zurückführung der Preise aller Bedarfsartikel des täglichen Lebens auf ihre tatsächlichen Produktionskosten muß die bisherige „freie“ Wirtschaft zu einer einheitlichen und planmäßigen Bedarfswirtschaft führen, in der keine überflüssigen oder unproduktiven Belastungen und Abgaben für arbeitsfähige Arbeitskräfte vorhanden sind. Alle Industriezweige sind auf dem schnellsten Wege grundsätzlich und einheitlich zu wirtschaftlichen Selbstverwaltungsorganisationen umzugestalten, und zwar als Zwangsgenossenschaften. Das gesamte, in den einzelnen Industriezweigen inoffizielle Betriebskapital ist als Genossenschaftsaufgaben zusammenzufassen, zu verwalten, zu verzinsen und zu tilgen. Die zweckmäßigsten Arbeitsverfahren sind unter gleichmäßiger Inanspruchnahme aller bisher dem betreffenden Industriezweige zur Verfügung stehenden geistigen und körperlichen Arbeitskräfte (also auch der heutigen Arbeitslosen) zu verwenden. Die tägliche Arbeitszeit ist in ausgleichender Weise im Rahmen des Achtstundentages dem jeweiligen Produktionsfordernisse anzupassen, und zwar auf der obligatorischen Grundlage eines den jeweiligen Preisverhältnissen angepassten Existenzminimums. Durch den Wegfall aller gänzlich unproduktiven Ausgaben für Erwerbslosenfürsorge, ferner durch die als ethische Wirkung der Existenzsicherheit mit Sicherheit eintretende Arbeitsfreude und dadurch bedingte rationellere Ausnutzung aller Produktionsmittel (begünstigt auch durch die Aussicht auf entsprechende Arbeitszeitverlängerung bei starrer Produktion) entstehen die wirtschaftlichen Garantien für die Ausgabe genossenschaftlicher Schuldverschreibungen mit staatlicher oder städtischer Bürgschaft zur Befreiung der Übergangskosten, der Verzinsung und Ablösung aller bisherigen privaten Eigentumsrechte. Die darin begründete Aussicht auf ansehnliche Rentabilität und wirtschaftliche Besserstellung nach Tilgung dieser Lasten aus der Umwandlung der bisherigen privathypothetischen Produktion in eine genossenschaftliche und gemeinsame Produktion wird jedes Glied der Genossenschaft an seinem Platz nach seinen Fähigkeiten zur Herbeiführung seiner besten Kräfte ermuntern und so durch ansehnliche Verkürzung der Produktionszeit zu weiteren Preisberäuberungen der Produkte im Interesse der Gesamtheit führen. Jeder Kopf- und Handarbeiter wird als gleichberechtigter Arbeitsgenosse seinen Industriezweig als wirtschaftliches Vater- und Heimatland im kulturellen Weltkampf mit allen ausländischen Konkurrenzindustrien fördern helfen, im Interesse eines gegenseitigen Außenhandels und Warenverkehrs zum Nutzen für die gesamte deutsche Volkswirtschaft. Dem durch den Weltkrieg bankrott gewordenen „Unternehmergeist“ wird in allen Produktionszweigen ein weit ehrenvollerer Feld der Betätigung übrig bleiben als bisher, wo meist nur die Größe des Geldbuchs für seine Erfolge maßgebend waren oder sind. Alle Verluste des Unternehmers und der Anhänger der alten Wirtschaftswirtschaft, diese auch in Zukunft noch aufrecht zu erhalten, erhöhen nur das Defizit der privathypothetischen Produktionsweise für die gesamte Volkswirtschaft. Eine weitere Verschärfung der Konkurrenz ist die unausweichliche Folge davon. Mit jedem weiteren Arbeitslosen und jeder weiteren Untergrabung der Existenzsicherheit der Arbeiterschaft erhöht sich deren Entschlossenheit zu härterer und rücksichtsloserer Bekämpfung dieser Gefahren. Die Arbeitslosen wollen

Arbeit und die Arbeitenden wollen als Menschen unter Menschen leben. Die heutige Wirtschaftswirtschaft kann diese Forderungen nicht mehr erfüllen, weil sie über sich selbst hinausgewachsen, sozusagen überreif geworden ist. Nur noch in den deutschen Gewerkschaften findet der ernste und kraftvolle Wille, die organisierte deutsche Arbeitskraft als Trägerin der gesamten deutschen Volkswirtschaft einer höheren Kulturstufe entgegenzuführen. Sie werden ihre ganze Kraft dafür einsetzen, daß an die Stelle der bisherigen rücksichtslosen Profitwirtschaft eine planmäßige Bedarfs- und Produktionswirtschaft tritt, bei der es keine Arbeitslosen, aber auch keine Drohnen mehr gibt!

Rundschau

Gehilfenprüfung für Buchdrucker in München. Die nächste Gehilfenprüfung für Buchdrucker in München findet voraussichtlich am 2. und 3. Oktober bzw. 9. und 10. Oktober statt. Anmeldungen hierzu sind spätestens innerhalb 14 Tagen bei der Geschäftsstelle des Vereins Münchener Buchdruckerelbesitzer, München, Goethestraße 12 I rechts, einzureichen, von wo auch die vorgeschriebenen Anmeldeformulare zu beziehen sind.

„Bugra“-Messe in Leipzig. Wir wollen es dahingestellt sein lassen, ob das Meswesen in seiner jetzigen überspannten Form überhaupt noch einen ernst zu nehmenden Faktor in unserm volkswirtschaftlichen Leben darstellt. Es wird dabei eine Leistungsfähigkeit unserer Industriezweige vorausgesetzt, die in Wirklichkeit nicht vorhanden ist. Immerhin haben wir Buchdrucker keine Ursache, dem „Messfimmel“ böse zu sein. Je mehr Messen nämlich aufgetan werden, um so kräftiger wird die Reklamefremmel gerührt. Und niemals werden wohl so viel Drucksachen gebraucht wie zu Zeiten der Messen, ebenso geht von ihnen auch auf das Zeitchriftenwesen und die Tageszeitungen eine belebende Wirkung aus. Doppelt fällt diese enorme Auftragserteilung ins Gewicht, da die Messen ausnahmslos im Sommerhalbjahr, also in der lauen Zeit, stattfinden. Wichtiger aber noch als diese indirekte Interessengemeinschaft des Buchdrucks und des Meswesens ist der Umstand, daß sich der Buchhandel allmählich wieder auf den Messen als Aussteller einführt. Vor Hunderten von Jahren, als die Meißelstädte Leipzig und Frankfurt a. M. miteinander konkurrierten, war der Buchhandel auf beiden Messen stark vertreten. Jetzt hat es den Anschein, als ob dieser Zustand wieder herbeigeführt werden sollte. Frankfurt a. M., das als Meißelstadt der Leipziger wieder zu schaffern macht, macht auf seiner diesjährigen Herbstmesse (3. bis 23. Oktober) unter dem Titel „Das deutsche Buch“ eine bedeutsame hundertjährige Ausstellung auf, und Leipzig, dessen Herbstmesse in dieser Woche stattfindet, ist auch auf diesem Gebiete nicht müßig. Unter dem Namen „Bugramesse“ vereinigen sich Aussteller der gesamten graphischen Industrie und des Buchhandels, um den Einkäufern die neuesten Errungenschaften ihres vielverzweigten Gewerbes zu präsentieren. Es war ein Bild im kleinen, wie es die „Bugra 1914“ unvergeßlichen Angebens im großen, weitausspannenden Sinne bot. Wieder durfte man bei der Besichtigung all der prächtigen Erzeugnisse des Buch- und Kunsthandels und der schier unerlöschlichen Auswahl an praktisch und sinnreich konstruierten Neuheiten in Maschinen, Holzleuten, Handwerkzeug und Schrift- und Schmuckmaterial die Überzeugung mit nach Hause nehmen, daß man in unserm Gewerbe weiterhin auf den Fortschritt bedacht ist. Leider sind die Preise, wenn auch Qualitätsarbeit geboten wird, immer noch lächerlich teuer, kein Wunder daher, daß der Geschäftsgang zu wünschen übrig lieh; eine Erscheinung, die übrigens allgemein auf der Leipziger Herbstmesse wahrgenommen wird.

Beschlagnahme von Papierfabriken in Italien. Dem italienischen Parlament ist ein Gesetzentwurf über die Beschlagnahme der Papierfabriken zugegangen. Die zur Prüfung dieses Entwurfes gewählte Kommission hat sich für eine Beschlagnahme der Papierfabriken ausgesprochen, deren Betrieb an Genossenschaften und Zeitungsverbände vergeben werden soll. Gegen den Plan, die Papierfabriken zu enteignen und in Staatsbetriebe umzuwandeln, erheben sich Bedenken, da man befürchtet, in der gegenwärtigen Lage auf juristische und finanzielle Schwierigkeiten zu stoßen.

Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M. Ein gemischter Ausschuss, in dem das preußische Staatsministerium, die städtischen Körperlichkeiten, die Universitäten, die Ortsverbände, die Berufsvereine und die Gewerkschaften sowie die bedeutendsten Frankfurter Wohlfahrts- und Bildungsorganisationen vertreten sind, hat die Vorarbeiten abgeschlossen, die zur Gründung einer Akademie der Arbeit in Anlehnung an die Antwerper Akademie führen sollen. Die Beratungen erstrecken sich hauptsächlich auf die Fragen der Zweckbestimmung der Anstalt, die Ziele und Methoden des Unterrichts, die Verwaltungsführung und die Deduktion der voraussichtlichen Löhne. Als Teilnehmer, die die Zahl hundert vorerst nicht überschreiten sollen, sind Arbeiter und nicht akademisch gebildete Beamte in Aussicht genommen, Männer und Frauen im Alter zwischen 24 und 40 Jahren. Der Ausschuss hat das Ergebnis seiner Beratungen in einem kurzen Berichte zusammengestellt, der gegenwärtig an alle interessierten Körperlichkeiten und Gesamtverbände sowie die großen Berufs- und Bildungsorganisationen im Reiches verandt wird, um deren Stellungnahme zu erfahren. Nach Eingang der Antworten will der Ausschuss die Interessenten zu einer gemeinsamen Tagung zusammenführen, wo die Gründung endgültig vollzogen werden soll.

Die neue englische Arbeitslosenversicherung. Am 8. November wird in England das Arbeitslosenversicherungs-gesetz (Unemployment Insurance Act) in Kraft treten. Da durch dieses Gesetz etwa 8 Millionen Personen gegen Arbeitslosigkeit versichert werden, steigt die Gesamtzahl der Versicherten einschließlich geistiger Arbeiter, die nicht mehr als 250 Pf. Sterl. im Jahre verdienen, auf etwa 12 Millionen. Die Versicherungsbeiträge sind wöchentlich in folgender Höhe zu leisten:

	Unternehmer	Arbeiter	Zusammen wöchentlich
	Pence	Pence	Pence
Männliche Personen von 18 Jahren und darüber	4	4	8
Weibliche Personen von 18 Jahren und darüber	3 1/2	3	6 1/2
Arbeiter von 16 bis 18 Jahren		2	4
Arbeiterinnen von 16 bis 18 Jahren	2	1 1/2	3 1/2

Männliche Arbeiter erhalten nach dem Gesetz eine Arbeitslosenunterstützung von 15 Schill., Arbeiterinnen eine solche von 12 Schill. je Woche. Die Unterstützung wird in jedem Versicherungsjahr bis zu einer Höchstdauer von 15 Wochen gezahlt.

Briefkasten

S. N. in B.: Wir bedauern außerordentlich, daß Sie unsern Brieflich mitgeteilten Ratschlag nicht gefolgt sind und die doch schon längere Zeit zurückliegende Sache nicht aufgegeben haben. Glauben Sie mir, daß ich sehr großes Interesse dafür hege, Sie ganz und gar nicht zu verlassen, und daß ich mich nicht ein und nicht aus wissen, wie alles untergebracht werden soll? Bedenken Sie den Umstand, daß Sie nicht sagen sollen, Sie wären einem Berufsveränderer gegenüber zurückgefallen, läßt die Aufnahme noch ansehnlich erscheinen. Wenn Sie erfolgen kann, läßt sich noch nicht bestimmen. 2. Für die Nebenbesetzung keine Verwendung, da keine kleinere Orte in dieser Gegend. — S. S. in G.: Das sind bei nächster Gelegenheit. — G. B. in A.: Es handelt sich dabei um eine sehr kurze Zusammenfassung. Was in Nr. 93 ausgeführt, war auch hierbei die leitende Auffassung. Es haben aber vollständig recht mit Ihrem Standpunkte. — G. B. in B.: Artikel wird gern gebracht, um anderen das Richtige zu verdeutlichen. — A. S. in D.: Obwohl Nürnberg auch darüber gesprochen, können wir solche Schmerzen nicht unterschätzen. — G. S. in Wiesbaden: 3.40 Mk. C. S. in Offen: 2 Mk. — Nordb. Berlin: 3.80 Mk. — G. Schm. in Göttingen: 6 Mk. — G. N. in Hildesheim: 3 Mk. — G. B. in Nürnberg: 2.80 Mk. — A. G. in B.: Danken noch bestens für Überwindung der Berufsänderung. — G. A. in G.: Aufnahme unmöglich. Der Mann ist ja bei seiner eigenen Gewerkschaft mit diesem unangehörigen Standpunkt abgefallen. Dadurch gehen alle Ihre Schuldenungen verloren. — S. N. in B.: B. A. in B.: A. M. in M.: Artikel werden aufgenommen, aber noch etwas Geduld, da andere Kollegen schon länger warten. — A. S. und G.: Lassen in Dreifachzahl: Sehr erfreut über diese Bestätigung der uns schon von anderer hallogaler Seite bekannt gewordenen günstigen Beurteilung des Volkshochschulwesens dort. Möge die Weiterentwicklung in der Richtung des guten Anfangs liegen!

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5 II.
Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 191.

Behannmachung

Betreffend den Verband der neuen Sektionen
Anfang September gelangen die neuen Sektionen zur Ausgabe. Wie sonst bei größeren, für die gesamten Mitglieder bestimmten Druckarbeiten üblich, sollen auch die Sektionen an die Bezirke und größeren Mitgliedschaften direkt verandt werden. Um mit dem Verband beginnen zu können, eruchen wir die Sektoren, uns das nötige Adressenmaterial zu stellen, das die Angabe des Ortes, den Namen sowie die nähere Adresse des Empfängers und die Zahl der gewünschten Exemplare enthalten muß.
Berlin. Der Verbandsvorsitzend

Der Arbeitgeber-Vogelband. Kollege Valentin Köhler hat sich aus familiären Gründen genötigt gesehen, von seinem Posten als Gewerkschaftsleiter zurückzutreten. Alle familiären Angelegenheiten werden nunmehr durch den zumeist Gewerkschaftler Kollege Richard Trost bedirgt, Chemnitz-Silbersdorf, Zepplinstraße 3, Erdgeschoss, erledigt.

Adressenveränderungen

Obenbüren (Westf.). Vorsitzender: Wilhelm Theet's, Bahnhofstraße 1.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigelagte Adresse):
Im Gau Hannover der Seher Erich Weidlich, geb. in Chau (Schleien) 1900, aus in Deutsch-Eich 1918; war noch nicht Mitglied. — Wilhelm Hingens in Hannover, Mühlstraße.
Im Gau Nordwest 1. der Korrektor Otto Weisel, geb. in Ramen 1864, ausgel. in Dresden 1882; war schon Mitglied; 2. der Redakteur John Seiferl, geb. in Bremerhaven 1881, ausgel. dort, 1900; war noch nicht Mitglied. — Franz Jähner in Bremen, Dorfumstraße 26 I.

Veranstaltungskalender

Mischerleben. Allgemeine Buchdrucker-Versammlung Sonnabend, den 4. September, abends 8 Uhr, im „Kaffeehaus“.
Dresden. Maschinenbau-Versammlung am Sonnabend, den 4. September, abends 6 Uhr, im „Vollshaus“ (Sachsenzimmer).
Erfurt. Maschinenmeister-Versammlung Donnerstag, den 2. September, abends 8 Uhr, im „Großen Kurfürst“.
Gera. Versammlung Sonnabend, den 4. September, abends 7 1/2 Uhr, in der „Hilfswirtschaftlichen Zurnhalle“.
Jena. Versammlung Sonnabend, den 4. September, abends 7 1/2 Uhr, im „Röwen“ (Gewerkschaftshaus).

Tarifauschuss der Deutschen Buchdrucker

Kreis XI (Provinzen Pommern und Brandenburg mit Ausnahme von Berlin und Vorpommern).
Die tariftreuen Gehilfen des Tarifkreises XI werden hierdurch aufgefordert, zur Deduktion der nehmlichen für die tariflichen Institutionen im Jahre XI entstehenden Kosten für das Geschäftsjahr 1919/20 den Betrag von je 50 Pf. an den Unterzeichnenden per postale abzugeben. Für die Mitglieder des Verbandes der Deutschen Buchdrucker wird dieser Betrag von der Organisationsabteilung, die die tariftreuen Gehilfen wollen diesen Betrag unter Angabe des Namens und des Adressenortes einenden. Die Nichtzahlung des Tarifbeitrags hat den Ausschluss von der Benutzung der tariflichen Institutionen zur Folge.
Stettin, 27. August 1920.
Zurstraße 10 I.
P. Sannada, Gehilfenvertreter des XI. Tarifkreises.